

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kassierkonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. u. Disc.-Geld., Depostenk., Jerusalemstr. 65/66.

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 M. (daron 95 Pf. monatlich für Anzei- lung im Voraus zahlbar. Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefrei- gungen. Auslandabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßig- tem Drucksachepost 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg- lich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

Die einseitige Anzeigensätze 80 Pf. Restansätze 5.— M. „Kleine An- zeigen“ das selbgedruckte Wort 25 Pf. (zuletzt zwei selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Teil, Stellengelüste das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien- anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent- täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Das Pfund fällt.

Warenpreise in London steigen.

Die Aufhebung der Goldwährung in England hat an den Welt- börsen scharfe Kurseinbrüche für das Pfund Sterling zur Folge gehabt. In New York sank der Pfundkurs von 4,64 auf 4,30 Dollar, also um 11 Proz., während im weiteren Verlauf des gestrigen Tages bereits Kurse von nur 4,02 Dollar für das Pfund genannt wurden. Der letzte Kurs, der einer offensichtlichen Panik- stimmung entsprungen ist, stellt bereits eine 20prozentige Entwertung des Pfundes dar.

Auch in Paris war das Pfund außerordentlich schwach. Gegenüber dem Sonnabend sank der Pfundkurs gestern von 123,95 auf 105 Franken, also um 15,3 Proz. In Amsterdam fiel der Pfundkurs von 12,03 auf 11 Gulden, während in Berlin ein Kurs von 19,25 gegen 20,47 M. festgesetzt wurden.

Wie schnell die Warenpreise auf den Währungsmechanismus reagierten, zeigt sich bereits an der gestrigen Warenbörse in London, wo sich sofort Preissteigerungen im Umfang von 10 bis 12 Proz. durchsetzten. Diese Preissteigerungen erfolgten, weil die Warenverkäufer angesichts der Lage des Pfundes ihre Waren zurückhielten, während auf der anderen Seite ein starker Kaufandrang einsetzte.

Während alle übrigen internationalen Börsen am Montag geschlossen waren, blieb die Pariser Börse geöffnet. Bei dem außer- ordentlich großen Risiko, das Frankreich infolge seines Milliarden- bestandes an englischen Pfundwechseln, Schatzanweisungen und anderen englischen Wertpapieren trägt, herrschte in den Pariser Börsen- freisen ungeheure Bestürzung. Der Börsenvorstand sah sich bei dem massenhaften Verkaufandrang zu starken Repartierungen, d. h. zur Einschränkung der Verkäufe gezwungen, so daß die Effektenkurse, die zum großen Teil mit 10 Proz. Verlust notiert wurden, keines- wegs den wahren Kursstand widerspiegeln.

Die Bank von Frankreich allein hat an Pfundwechseln einen Vorrat von 200 Millionen, die rund vier Milliarden Goldmark entsprechen. Bei einem zehnprozentigen Kursverlust des Pfundes würde also die Bank von Frankreich 400 Millionen Goldmark verlieren.

Das Ermächtigungsgesetz.

London, 21. September. (Eigenbericht.)

Die englische Regierung hat am Montag im Unterhaus fol- gendes Ermächtigungsgesetz eingebracht:

1. Solange durch Proklamation Seiner Majestät nichts anderes befohlen wird, wird Unterabschnitt 2 des § 1 der Goldstandard- akte von 1925 außer Kraft gesetzt, unbeachtet dessen, daß Unterabschnitt 1 in Kraft bleibt.

2. Die Bank von England wird hierdurch aller Verpflichtungen enthoben, die diese nach dem 18. September 1931 unter dem besagten Unterabschnitt 2 eingegangen ist, und gegen die Bank oder andere Personen können zwecks Ausführung nach dem besagten Zeit- punkt eingegangener Verpflichtungen keinerlei Verfahren eingeleitet werden.

3. Das Schatzamt wird ermächtigt, solche Verordnungen in bezug auf Devisen zu erlassen oder andere Maßnahmen zu ergreifen, die für notwendig erachtet werden, um den Schwierig- keiten, die aus der Aufhebung des Goldstandards entstehen, zu begegnen und diese Verordnungen von Zeit zu Zeit in geeigneter Weise abzuändern.

Dieser Teil des Gesetzes soll nach der Annahme des Gesetzes durch das Parlament sechs Monate Gültigkeit haben.

Londoner Börse bleibt geschlossen?

London, 21. September. (Eigenbericht.)

Die Londoner Börse wird auch am Dienstag ge- schlossen bleiben. Die Frage, wann die Börse wieder geöffnet wird, ist bisher noch nicht entschieden. Es ist jedoch nicht ausge- schlossen, daß die englischen Börsen die ganze Woche über ge- schlossen bleiben.

Eine englische Erklärung in Genf.

Genf, 21. September. (Eigenbericht.)

In der zweiten Kommission des Völkerbundes gab der englische Vertreter Sir Arthur Salter am Montag in der General- debatte über die Finanzfragen folgende Erklärung ab:

Die Statistik Großbritanniens seit dem Kriege zeigt, daß Eng- land bestrebt ist, seine Verpflichtungen voll zu erfüllen. Es wird auf diesem Wege fortfahren. Die innere Lage Großbritanniens ist vollkommen gesund. Die augenblickliche Krise ist auf ungesunde Ründigungen von Investitionen auf fremden Märkten zurückzuführen. England ist deshalb gezwungen, sich selbst zu schützen. Die Banken bleiben für den normalen Ge- schäftsverkehr offen. Der freien Verfügung über Gold wird keinerlei Einschränkung auferlegt. Die Regierung ist sich voll auf klar,

daß der von ihr unternommene Schritt ernste Störungen und Vermirrungen hervorrufen wird, und zwar insbesondere in den Ländern, die in der Vergangenheit besonders vom Londoner Markt abhängig waren. Die Regierung wird sich bemühen, diese Schwierigkeiten soweit als möglich zu verringern und ist zu jeder Zusammenarbeit, die geeignet erscheint, dieses Ziel zu erreichen, bereit.

Einladung Hoovers an Laval.

Paris, 21. September. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Botschafter in Paris hat dem französischen Ministerpräsidenten Laval eine Ein- ladung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover zum Besuch von Washington übermittelt. Laval wird der Einladung voraussichtlich folgen. Sie soll hauptsächlich der Besprechung internationaler Finanz- fragen dienen.

Auch Frankreich droht schwerer Schaden.

Paris, 21. September. (Eigenbericht.)

Die Nachrichten über die englische Währungs- krise und die in London ergriffenen Schutzmaßnahmen haben in Paris ungeheures Aufsehen erregt und die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von dem japanisch-chinesischen Konflikt völlig abgelenkt.

Auch die französische Regierung, die von dem englischen Ge- schäftsträger schon am Freitagabend von der Entwicklung unterrichtet worden war, ist sich des Ernstes der Lage in England bewußt, die schwere Rückschläge auf die französischen Finan- zen haben kann, da die Bank von Frankreich und das Schatzamt in England

über Devisenguthaben in Höhe von 10 Milliarden Franken

verfügen. Diese Devisen waren nach der französischen Währungs- krise allmählich aufgekauft und für den Gegenwert waren franzö- sische Noten ausgegeben worden, was eine bedeutende Ueberschreitung der gesetzlichen Notenumlaufgrenze zur Folge hatte. Eine Ab- schwächung des englischen Pfundes würde also für Frankreich schwere Verluste bedeuten. Es ist daher begreiflich, daß die französische Regierung der englischen Regierung zugesagt hat, ihr zur Ueberwindung der Krise

jede mögliche Hilfe

zu leisten. Zugleich bemüht sich die französische Regierung, durch geeignete Maßnahmen die direkten Rückschläge der Auf- hebung des Goldstandards der englischen Währung auf den Pariser Markt abzumildern. Zu diesem Zweck fand am Montagvormittag im Finanzministerium eine Unterredung zwischen Finanzminister Flandin, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, dem Generaldirektor der Staatsschuldenverwaltung und dem Syndikus des Pariser Börsenmaklerverbandes statt. Im Anschluß daran hatten die Herren im Innenministerium, in Gegenwart des englischen Ge- schäftsträgers Campbell, eine Besprechung mit Laval. Nach Beendigung dieser Beratung erklärte Minister Flandin, daß die Pariser Börse geöffnet bleibe, aber die

Devisennotierungen eingestellt

würden. Der Syndikus des Maklerverbandes erklärte in einem Interview, falls die Baisse bei einigen Papieren 10 Proz. der bis- herigen Notierungen übersteigen sollte, würden die Kurse ge- strichen werden. Auf jeden Fall würden aber die französischen Renten notiert werden. Außerdem sei beschlossen worden, die Bestimmungen über die Verstärkung der Deckung infolge von Ver- käufen streng anzuwenden. Auf dem Kassamarkt werde jeder Ver- käufer gezwungen werden, die Aktien sofort dem Käufer zu liefern. Der französische Franken sei nicht gefährdet, und es sei kein Grund zu einer Panik vorhanden.

Diese Erklärungen übten einige Beruhigung aus, so daß die bei Eröffnung der Börse gehegten Befürchtungen nicht in dem er- warteten Ausmaß eintreten. Nur einige Elektro- und Chemiewerte konnten mit Kurseinbrüchen von 5 bis 10 Proz. notiert werden. Allmählich beruhigte sich die Stimmung und fast alle auf den Markt geworfenen Aktien fanden Käufer, wenn auch nur zu Kursen, die durchschnittlich 10 Proz. niedriger waren. Besonders schwach waren Bankaktien. Für die Bank von Frankreich kam erst nach der Intervention des Syndikus des Börsenmaklerverbandes ein Kurs mit Abschwächung von 1790 Franken, d. h. etwa 13 Proz. zustande, der bis zum Schluß unverändert blieb. Die französischen Renten konnten sich einigermaßen halten, dagegen waren in der Rulisse, d. h. dem halbamtlichen Markt, auf dem besonders die ausländischen Papiere gehandelt werden, Kursstürze von 10 bis 15 Proz. an der Tagesordnung. Das englische Pfund wurde mit etwa 113 Franken gegenüber dem früheren offiziellen Kurs von 124 Franken gehandelt.

Wirtschaft und Politik.

Hintergründe der englischen Krise.

Von Georg Decker.

Die Weltwirtschaftskrise hat in ihrem zweiten Jahre ihren Verlauf wesentlich geändert. Sie hat sich im ungewöhn- lichen Maße politisiert. Ständen zunächst rein wirt- schaftliche Krisenursachen im Vordergrund, die sich zwangs- läufig aus den Entwicklungsgefahren der kapitalistischen Wirt- schaft ergaben, so haben sich allmählich die wirtschaftlichen Ursachen und ihre politischen Wirkungen, und die politischen Ursachen und ihre wirtschaftlichen Wirkungen in solchem Maße verflochten, daß es schier unmöglich geworden ist, Wirtschaft und Politik sogar in einer theoretischen Betracht- ung, geschweige denn bei der politischen Beurteilung der Ereignisse, voneinander zu trennen. Im zweiten Jahr der Weltwirtschaftskrise sind die Nachwirkungen der Zerstörung des Gleichgewichts der internationalen Zahlungen und der ungleichen Verteilung der Goldvorräte in der Welt, aber auch die Wirkungen der deutschen Septemberwahlen, des Kampfes um die soziale Politik und namentlich um die Arbeitslosen- unterstützung in verschiedenen Ländern und dergleichen mehr, mit besonderer Schärfe in Erscheinung getreten. Keine Schilderung einer Etappe der Krisenentwicklung wird er- schöpfend sein, keine Erklärung befriedigend, wenn man nicht diese schicksalvolle Verflechtung der Wirt- schaft und der Politik in jedem Falle aufdeckt.

Wir übersehen wirtschaftliche Zusammenhänge im gegen- wärtigen Kampfe um das Pfund nicht, wenn wir unsere Aufmerksamkeit auch auf die politischen Hinter- gründe dieses Kampfes richten. Wir wissen, daß die außerordentliche Zuspitzung der englischen Krise ihren tiefen Grund in der veränderten Lage Englands in der Welt- wirtschaft und namentlich in der ungünstigen Gestaltung seiner Zahlungsbilanz hat; wir wissen auch, daß die mittel- europäische Vertrauenskrise vor allem England in Mitleiden- schaft gezogen hat. Wir wissen, daß in der Welt die Be- fürchtungen für die Sicherheit der nach England gegebenen Kredite deshalb entstanden sind, weil namentlich in Deutsch- land so viele englische Kredite eingefroren sind. Trotzdem reichen alle diese Gründe nicht aus, um die akute Gefahr für die Stabilität des Pfundes und die in den letzten Tagen entstandene wahnsinnige Panik zu erklären.

Warum ist diese Panik am letzten Freitag ausgebrochen? Früher hieß es: das Vertrauen zum englischen Kredit wird durch die kritische Lage englischer Finanzen erschüttert. Schein- bar sind jetzt die englischen Finanzen in Ordnung gebracht worden, und zwar in der Weise, die den Wünschen der aus- ländischen Geldgeber entspricht. Die kapitalistische Welt hat den Sturz der Arbeiterregierung und die Bildung des neuen Kabinetts mit Jubel auf- genommen. Sondern hat für seine Sanierungsmaßnahmen begeisterten Beifall gefunden. Warum denn ein neuer „Run“ auf England, nachdem die wichtigsten Gründe für das Miß- trauen scheinbar beseitigt sind?

Wenden wir uns den Tatsachen zu, die den letzten drastischen Maßnahmen der englischen Regierung unmittelbar vorangegangen sind. Am Freitag fand auf der New- Yorker Börse ein scharfer Rückgang der Kurs- werke statt. Besonders stark wurden englische Pa- piere zum Verkauf angeboten, und gleichzeitig setzten von Amerika und Holland verstärkte Kreditabzüge von England ein. Völlig übereinstimmend berichtet die englische und holländische Presse, daß diese erneute Beunruhigung in New York durch die Meldungen über die bevor- stehenden Neuwahlen und über die damit verbundene Gefährdung des Pfundes hervor- gerufen wurde. Man erzählt sich vom Besuch der Vertreter der Bank von England bei Mac Donald. Die Banken sollen vor Neuwahlen gewarnt haben. Zur Beruhigung wurde von irgend welcher Seite mitgeteilt, daß von einer solchen Warnung keine Rede sein könne, daß die Unterredung bei Mac Donald nur den Maßnahmen gegolten habe, die „notwendig und wünschenswert sind, um die Stabilität des Pfundes während der Wah- len sicherzustellen“. („Daily Telegraph“ vom 19. Sep- tember.) Kein Wunder, daß eine solche „Beruhigung“ die panikartige Stimmung noch verschärft hat!

Woher aber diese Furcht vor den Neuwahlen? Es wurde doch allgemein angenommen, daß die Neuwahlen in England einen überragenden Sieg der Konservativen und also eine feste Mehrheit für eine konservative oder wiederum für eine „nationale Regierung“ bringen werden. Des Pudels Kern

besteht darin, daß diese Zuversicht in bezug auf den kommenden Sieg der Konservativen schon im Verschwinden ist. Deshalb wiederholte sich das frivole politische Spiel. Man machte die furchtbare Gefahr einer neuen sozialistischen Regierung, die aus dem Wahlsiege der Arbeiterpartei entstehen kann, an die Wand. Ganz offen schrieb darüber die „Times“ am Sonnabend, dem 19. September:

„Die Resorption kann in gewissem Sinne als ein Hinweis auf das Unglück betrachtet werden, welches unser Land treffen würde, falls die sozialdemokratische Regierung wieder an die Macht käme. Diese Möglichkeit allein scheint zu genügen, um die Resorption in England und im Auslande hervorzufragen.“

Wie vor dem Sturz der Arbeiterregierung, so auch jetzt hat man mit dem Gespenst des sozialistischen Experimentes gearbeitet. Man wollte die Spießbürger in aller Welt und vor allem in England selbst gegen die englische Arbeiterpartei mobil machen: Der mögliche Erfolg der Arbeiterpartei bedeute eine vollkommene Katastrophe! Darf man sich wundern, wenn die ausländischen Geldgeber auf die Nachrichten über die bevorstehenden Wahlen sofort mit dem Abzug der nach England gegebenen Kredite geantwortet haben?

Jetzt wird man natürlich sagen: Das ist gar nicht wahr, von irgendwelchen politischen Absichten kann keine Rede sein. „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!“ Die Äußerungen und Kommentare der englischen Presse vor dem Zusammenbruch bleiben aber bestehen, und ihre Sprache ist eine unwiderlegbare Anklage. Es waren wiederum die englischen Kapitalisten und ihre ausländischen Klassegenossen, die dem Pfund diesen letzten Stoß versetzt haben. Ihr politisches Treiben allein wird gewiß die besondere englische Krise nicht erklären. Dieses Treiben hat aber zweifelsohne verschärfend gewirkt. Man hat der englischen Währung und damit dem gesamten Weltmarkt, also rückwirkend auch sich selbst, den schwersten Schlag versetzt, mit dem man den Klassenfeind treffen wollte.

Brauchen wir noch eine Lehre aus dieser neuen Erfahrung zu ziehen? Die kapitalistische Weltordnung ist wirklich reif zum Abbruch geworden! Die große historische Aufgabe unserer Zeit ist, die Kräfte der Arbeiterschaft zu sammeln, um durch den siegreichen Vormarsch der geeinten Arbeiterklasse die neue Weltordnung durchzusetzen. Proletarier aller Länder und eines jeden Landes vereinigt euch — in diesem Zeichen muß und wird der Sozialismus siegen!

Um die Einheit der Partei!

Zur heutigen Sitzung des Parteiausschusses.

Heute tritt der Parteiausschuß in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen wird die Frage stehen, welche Haltung gegenüber den von der Deutschen Friedensgesellschaft ausgehenden Bestrebungen nach Schaffung einer neuen politischen Gemeinschaft einzunehmen ist und inwieweit Sonderorganisationen zulässig sind.

Die Frage der organisatorischen Sonderbestrebungen hat die Partei oftmals beschäftigt. Unter den grundlegenden Beschlüssen steht der des Parteitages von Heidelberg, der damals auf Antrag der Zwickauer Bezirksorganisation gefaßt worden ist, die größte Bedeutung. Er verbietet alle Sonderkonferenzen und Sonderveranstaltungen. Gestützt auf diesen Beschluß hat der Parteiausschuß am 14. Juli d. J., als er sich mit dem Wahnruf der Genossen Rosenfeld, Sendewitz und Ströbel beschäftigte, erneut ausgesprochen, daß jede Betätigung für Sonderorganisatorische Bestrebungen unvereinbar mit den Interessen der Partei sei und als parteischädigende Haltung angesehen werden müsse. Er forderte infolgedessen die Einstellung aller Sonderorganisationen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Leider ist diesem Beschluß des Parteiausschusses in keiner Weise entsprochen worden. Die Gründung der „Freien Verlagsgesellschaft“, die Herausgabe der Wochenschrift „Die Fackel“ und die damit im Zusammenhang stehenden erneuten und erweiterten Versuche nach Schaffung eines festen Organisationsapparates zeigen, daß allen Beschlüssen des Parteiausschusses und der Parteitage zuwider an dem Ausbau der Sonderorganisation gearbeitet wird.

Dazu kommt die durch führende Personen der Deutschen Friedensgesellschaft durch Aufrufe und Unterschriftensammlung geförderte Gründung einer „linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich offen gegen die Sozialdemokratische Partei wendet und zur Schaffung einer „neuen Gemeinschaft“ aufruft.

Das ist der Tatbestand, mit dem der Parteiausschuß sich zu beschäftigen haben wird und aus dem heraus er auch zu Entscheidungen gezwungen ist. Es geht nicht darum, politische Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden. Es geht lediglich darum, ob die Partei gemißt ist, tatenlos zuzusehen, wie in und neben ihr Sonderorganisationen aufgebaut werden, die über kurz oder lang zur Spaltung führen müssen. Um die Einheit der Partei zu erhalten, darf aber nichts unterbleiben, was geeignet ist, rechtzeitig Gefahren von ihr abzuwehren.

Die Liga für Menschenrechte.

Erklärung zu ihrem Prozeß.

Die Liga für Menschenrechte teilt mit: Hans Schwann war nie Präsident der Deutschen Liga für Menschenrechte. Der Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte hat vor sechs Jahren bereits alle notwendigen Konsequenzen aus dem eigenmächtigen, schädigenden Vorgehen des Herrn Schwann gezogen. Sein Verhalten wurde auf das Schärfste verurteilt. Schwann ist seit Jahren nicht mehr Mitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte. Jede Organisation kann in die Gefahr kommen, solche Elemente vom Schloße Schwann als Mitglied zu haben. Das Wesentliche ist, daß die Organisation sich von solchen Elementen trennt. Das ist in diesem Falle mit Nachdruck geschehen.

Snowden-Rede im Unterhaus.

Für gleichmäßige Verteilung des Goldes.

London, 21. September. (Eigenbericht.)

Schatzkanzler Snowden brachte am Montagnachmittag im Unterhaus das Gesetz über die Aufhebung des Goldstandards ein. Er erklärte, daß die Einfuhr und Ausfuhr von Gold, das zum Verkauf z. B. von Südafrika nach London käme, nicht berührt würde. Der Rückzug von Gold, das die Bank von England von ausländischen Regierungen oder ausländischen Zentralbanken zur Aufbewahrung erhalten habe, werde ebenfalls nicht behindert. Was sich geändert habe, sei einzig das Recht, von der Bank von England Gold in Barren wegzunehmen. Jede Verpflichtung, Zahlungen in Dollar zu machen, wie dies z. B. für die in New York begebenen Kriegsanleihebonds der Fall sei, werde natürlich noch wie vor erfüllt werden.

Der Schatzkanzler gab sodann eine Schilderung der Ereignisse, die zur Aufhebung des Goldstandards geführt haben. Er erwähnte die Schwierigkeiten in Deutschland, so dann das Mißtrauen, das die Sozialisten im englischen Budget im Ausland hervorgerufen haben. Die Budgetfinanzierung habe zunächst den Erfolg gehabt, das Vertrauen wiederherzustellen und die Abzüge zu stoppen. Dann aber habe sich die Regierung in der unglücklichen Lage befunden, keine geschlossene Front herstellen zu können. Damit spielte der Schatzkanzler auf die

Streitigkeiten über den Wahltermin und die Tarifpolitik

innerhalb der Regierung an. Zur politischen Unsicherheit hätte, so sagte der Schatzkanzler, die sensationelle Berichterstattung über die Ereignisse in der englischen Flotte wesentlich beigetragen. Die Abzüge in den letzten Tagen hätten ein übriges getan.

Diese seien in den vergangenen zwei Monaten auf 200 Millionen Pfund gestiegen, wozu noch 70 Millionen Pfund in Deutschland eingefrorener Kredite kämen.

Am Freitag habe die Regierung sowohl in Washington wie auch in Paris vertraulich angefragt, ob die beiden Regierungen bereit seien, weitere Kredite zur Verfügung zu stellen. „In beiden Fällen waren die Antworten freundlich, aber boten keine Aussicht auf Hilfe in dem Umfang, wie es notwendig gewesen wäre.“ Am Sonnabend habe die Bank von England dann ein Schreiben an die Regierung gerichtet, in dem sie mitteilte, daß die Kredite von 125 Millionen Dollar und 3100 Millionen Franken der Bank von England in New York bzw. in Paris erschöpft seien, daß ferner die Kredite von 200 Millionen Dollar in New York und der von 5 Milliarden in Paris ebenfalls so gut wie aufgebraucht seien. Die massenhaften Anforderungen von Devisen von New York und Paris sowie der Abfluß von Gold nach Holland, hätten die Bank in eine unmögliche Lage versetzt. Sie ersucht daher, von ihrer Verpflichtung, Gold zu verkaufen, entbunden zu werden. England, so fuhr der Schatzkanzler fort, sei bereit, eine

Konferenz über die gleichmäßige Verteilung des Goldes

einuberufen, aber die englische Regierung sei sich bewußt, daß andere Mächte (womit Frankreich und Amerika gemeint sind) dies nicht begrüßen würden. Eine solche Konferenz wäre zum Scheitern verurteilt. Unter den Investoren der ganzen Welt sei eine Panik ausgebrochen. Die ganze Welt scheine darauf verfaßt zu sein, Werte gegen Bar zu verkaufen. Diese Entwicklung müsse über kurz oder lang zum Zusammenbruch des Weltkreditwesens führen. Angesichts dieser Panik müsse England zur Selbsthilfe greifen.

Snowden gab zu, daß die internationale Wirkung der neuen englischen Währungspolitik ernst sein werde. Sie werde indessen von vorübergehender Natur sein. Die von London abhängigen Märkte würden ebenso betroffen werden wie England selbst, und es bestehe die Gefahr, daß die Maschinerie des internationalen Kredits für einige Zeit gestört werde. „Ich sehe keinen Grund, warum das Pfund Sterling zu einem bedeutenden Maße entwertet werden soll, vorausgesetzt, daß die Finanzen des Landes richtig gehandhabt werden. Mit balanciertem Budget besteht

keine Gefahr, daß man zur Notenpresse wird greifen müssen. Wir können der Lage ruhig begegnen.“

Der Führer der Opposition, Henderston,

erklärte, daß die Labour Party keine Opposition gegen das Gesetz erheben werde, falls gewisse Fragen befriedigend beantwortet würden. Diese Fragen bezögen sich darauf, ob die Regierung nötigenfalls bereit sei, den Kapitalexporth zu unterbinden und die Steigerung der Preise zu verhindern. Tatsächlich hat der Kapitalexporth bei der Herbeiführung der Krise eine weit größere Rolle gespielt als von offizieller Seite zugegeben wird. Ferner ist der Preis für Weizen und Baumwolle in Liverpool am Montag sprunghaft gestiegen.

Der Schatzkanzler nickte bei den Fragen Henderstons mit dem Kopfe, um dessen weitere Ausführungen nicht zu unterbrechen. Es ist aber eine ausführlichere Erklärung der Regierung über diese Punkte zu erwarten, die sicher positiv sein wird und der Opposition erlauben wird, für das Gesetz zu stimmen.

Das Gesetz ist noch am Montagabend verabschiedet worden.

Das Unterhaus nahm mit 271 gegen 143 Stimmen den Vorschlag der Regierung an, die Debatte nach der zweiten Lesung zu schließen, und lehnte dann mit 275 gegen 112 Stimmen einen Antrag Campbell Stephens (L.P.) ab. Der Gesetzentwurf wurde mit demselben Stimmverhältnis in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus konstituierte sich dann als Ausschuß zur Erörterung der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes.

Die Gesetzesvorlage über Aufhebung des Goldstandards wurde schließlich im Unterhaus in dritter Lesung in einfacher Abstimmung angenommen. Auch im Oberhaus wurde die Gesetzesvorlage verabschiedet. Der König unterzeichnete sie danach.

Noch keine Devisenverordnung.

London, 21. September. (Eigenbericht.)

Irgendwelche Maßnahmen zur Beschränkung des Devisenhandels sind bisher nicht beschlossen worden. Die Regierung behält sich jedoch vor, solche Maßnahmen nötigenfalls zu ergreifen. Vorläufig begnügt man sich mit einem Appell und mit Ratseinsparungen. Die Direktoren der ausländischen Niederlassungen der großen englischen Banken haben eine Konferenz in London abgehalten und einen Ausschuß zur Überwachung der Devisentransaktionen gebildet. Alle Kunden, die Devisen anfordern, müssen den Bedarf nachweisen. Man hofft, auf diese Weise um die Ergreifung von Zwangsmaßnahmen herumzukommen.

Macdonald verspricht Korrektur der Beamtengehälter

London, 21. September. (Eigenbericht.)

Macdonald erklärte am Montagnachmittag im Unterhaus, daß einige Bevölkerungsklassen durch die Sparmaßnahmen der Regierung in ungerechter Weise betroffen worden seien. Als einfachstes Mittel, die Ungerechtigkeiten auszugleichen, habe die Regierung beschlossen, daß für die Lehrer, die Polizei, die Marine, das Heer und die Luftkräfte die

Kürzungen nicht mehr als zehn Prozent betragen sollen.

Ursprünglich gingen die Kürzungen bis zu 15 Proz. Dieser Beschluß erstreckt sich jedoch nicht auf die höheren Gehaltsklassen.

Ein Mitglied der Opposition fragte den Ministerpräsidenten, ob die Arbeitslosen, wenn sie zu denselben Mitteln wie die Flotte greifen würden, die gleiche Beachtung finden würden. Macdonald gab zu, daß die allgemeine Herabdrückung der Ausgaben und die Erhöhung der Besteuerung zweifellos zu einem vorübergehenden Anwaschen der Arbeitslosenziffer führen werde. Die Sanierungsmaßnahmen seien jedoch unvermeidlich gewesen, wie die Vorgänge der letzten Tage gezeigt hätten.

Ein unhaltbares Urteil korrigiert.

Der Prozeß um das nationalsozialistische Maschinengewehr.

München, 21. September.

Im Frühjahr d. J. hatte das Schöffengericht München vier Reichsbannerleute, die unter der Angabe, sie seien Nationalsozialisten und kämen im Auftrag des nationalsozialistischen Professors Bauer, aus der Böhmerstraße ein dort lagerndes Maschinengewehr entführt hatten, wegen Vergehens gegen das Kriegswaffengesetz zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Auf ihre Berufung wurde heute von der 2. Strafkammer des Landgerichts München I dieses Urteil aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen.

In der Verhandlung legten sie dar, daß sie das Maschinengewehr in der Absicht entführt hätten, es der Polizei auszuliefern. Die Ablieferung sei dadurch verzögert worden, daß das Maschinengewehr erst photographiert werden sollte, um einen Beweis für die Unloyalität der Hitlerleute in der Hand zu haben. Das Gericht schenkte auf Grund der Aussagen des als Zeuge vernommenen Bizepräsidenten Kuer diesen Angaben Glauben und kam daher zur Freisprechung.

Putschisten entlassen und gefeiert.

Justizskandal in der Steiermark.

Leoben, 21. September. (Eigenbericht.)

Am Montag sind die Leobener Heimwehrrutschisten, Major Reichel und Berginspektor Baumgartner, auf freien Fuß gesetzt worden. Sie kehrten von Graz im Triumph nach Leoben zurück. Hier wurden sie von einer Werkkapelle der Alpinen Montanergesellschaft feierlich empfangen und durch den Ort geleitet. Das steirische Landesparlament hat angeordnet, daß alle Lehrkräfte, die an dem Putsch aktiv teilgenommen haben, suspendiert werden.

Provokatorische Rede Starhembergs.

Wien, 21. September.

Bei einem Führerappell des oberösterreichischen Heimatschutzes in Wels sprach Fürst Starhemberg über den Sonntagsputsch und über seine Verhaftung. Er erklärte u. a.: „Wir gehen jetzt erst recht los, und ich möchte den Minister sehen, der unsere Verbände auflösen kann. Vielleicht ziehen sie uns die Windjacke aus, vielleicht wollen sie uns die Hahnenfeder nehmen. Niemals aber

können sie uns den Haß gegen das marische System, gegen unsere Ausbeuter (gemeint sind natürlich nicht die schwerindustriellen Geldgeber der Heimwehr, Red.), die glühende Liebe zu unserem Vaterland aus dem Herzen reißen. Habt blindes Vertrauen zu mir. (!) Ich finde einen Weg (!) und verspreche euch, daß wir uns den Sozialerobern werden. Der Kampf geht weiter. Was sich in Steiermark ereignete, ist nur als ein Verzweiflungsausbruch zu bezeichnen. Wir verurteilen die steirischen Kameraden auf keinen Fall. Zum Zeichen unserer Solidarität werden wir ein Rotopier in die Wege leiten, damit unsere verhafteten Mitkämpfer in Steiermark eine entsprechende Verteidigung bekommen.“

Abgeordneter Dr. Hueber wies darauf hin, daß der Heimatschutz als Kandidat für die Bundespräsidentenschaft den General Hülgerth aufgestellt habe, mit dem, wie er sich ausdrückte, die Heimwehr an die Spitze des Staates den Stahlschwert statt des Schlapphutes setzen wolle.

In den Schlingen Uralzeffs.

Ein sächsischer Ministerialrat zur Dienstentlassung verurteilt.

Dresden, 21. September. (Eigenbericht.)

Die sächsische Disziplinarkammer verurteilte den Ministerialrat im sächsischen Justizministerium Walther Johnson zur Dienstentlassung.

Johnson hatte ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde im Auftrage eines Bergwerksdirektors Herben eine umfangreiche Geldvermittlertätigkeit entfaltet, um Geld für die Erschließung von Kohlenbergwerken zu beschaffen, die Herben angeblich in der Altmark entdeckt haben wollte. Dafür hatte er Vergütungen bekommen. Den Gläubigern gegenüber hatte er falsche Angaben gemacht. Mit Ausnahme eines einzigen haben sie ihr Geld nicht wiederbekommen. Johnson hatte auch mit dem bekannten Hochstapler Uralzeff Verbindungen angeknüpft. Er hatte diesem Uralzeff Schriftstücke mit dem Dienststempel des sächsischen Justizministeriums ausgehändigt. Die Folge war, daß Uralzeff aus der Haft entlassen und erst später wieder festgenommen wurde. Außerdem hatte sich der geschäftstüchtige Ministerialrat unzulässig des Titels Geheimer Justizrat bedient. Trotz der schweren Verfehlungen wurden Johnson von der Disziplinarkammer 80 Prozent seines Ruhegehalts auf Lebenszeit zugesprochen.

Neubaumieter schutzlos?

Reichsbund fordert energisch Senkung aller Mieten

Der Landesverband Preußen des Reichsbundes deutscher Mieter, Berlin S.W., sendet uns folgende jochen gefaßten Entschlüsse:

Der am 20. September 1931 in Berlin versammelte Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) nimmt mit lebhafter Entrüstung Kenntnis von der Verordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. September, nach welcher der Mieterschutz bei Neubauten am 1. April 1932 außer Kraft tritt.

Durch diese neueste Lockerungsverordnung wird der Zustand herbeigeführt, daß den Mietern von Neubauwohnungen, die von Privaten mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet worden sind, vom 1. April 1932 an vom Vermieter beliebig gekündigt werden kann.

Gegen diese Lockerungsverordnung erhebt der Gesamtverband des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter um so schärfer Protest, als die den privaten Neubausbesitzern aus öffentlichen Mitteln zugelassenen Beträge an Hauszinssteuerhypotheken von den Altbaumietern als Teil der gesetzlichen Miete vielfach unter großen Entbehrungen aufgebracht worden sind.

Die Aufhebung des Mieterschutzes für Neubauten gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt muß um so mehr befremden, als die betroffenen Neubaumieter durch diese Verordnung nunmehr ganz unerwartet den mieterrechtlichen Vorschriften aus der Vorkriegszeit unterstellt werden, obwohl diese Vorschriften infolge des dauernden Drängens der Mieterorganisationen von der Reichsregierung Brünning durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 als den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechend anerkannt worden sind.

Billigerweise hätte man erwarten dürfen, daß der durch die Abbaumassnahmen der letzten Jahre schon über Gebühr geminderte Mieterschutz wenigstens solange aufrechterhalten bleibt, bis das Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches nach sozialen Gesichtspunkten umgestaltet ist.

Die Wiederintraffsetzung der mieterrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Neubaumieter des privaten Hausbesitzes ist außerdem geeignet, die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Länderregierungen über die soziale Umgestaltung des Mietrechtes des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Ende September in Berlin stattfinden, ungünstig zu beeinflussen. Das ist um so mehr zu bedauern, als das jetzt geltende Mieterschutzgesetz im § 52 e bereits einige — wenn auch schwächere — Ansätze für ein zeitgemäßes soziales Mietrecht enthält.

Die völlige Aufhebung des Mieterschutzes für Neubauten wird dahin führen, daß der Druck auf den Wohnungsmarkt gerade hinsichtlich der Kleinwohnungen noch mehr verstärkt wird, als dies bereits durch die Abwanderung der Mieter aus den größeren und den mittleren Wohnungen und durch die unerträglich hohe besonders der Neubaumieter eingetreten ist. Die Verantwortung für die Folgen dieser unsozialen Verordnung muß deren Urhebern überlassen bleiben.

Der am 20. September 1931 in Berlin versammelte Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) nimmt mit lebhaftem Befremden Kenntnis von der Tatsache, daß die Reichsregierung trotz fortschreitenden Abbaues der Löhne und Gehälter, der Kriegsbeschädigten und der Sozialrenten sowie der Wohlfahrtsunterstützungen bei gleichzeitiger Steigerung der Steuerlasten und

trotz der ungeheuren Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern bis zum heutigen Tage keine Schritte zur Senkung der Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten in Alt- und Neubauten unternommen hat,

wie es der Reichsbund Deutscher Mieter einmütig seit längerer Zeit und mit guten Gründen fordert. Dieses Befremden ist um so mehr gerechtfertigt, als die Reichsregierung dauernd mit den Vertretern des Hausbesitzes, des Bauunternehmertums usw. über eine weitere Förderung der rein egoistischen Interessen dieser Kreise verhandelt.

Die im Landesverband Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter organisierte Mieterschaft steht geschlossen hinter der Forderung des Reichsbundes und des Reichsmietertages in Leipzig auf Senkung der Alt- und Neubaumieter bis auf die Höhe der Vorkriegsmieten. Sie ist entschlossen, in eine große Protestbewegung einzutreten, sobald der Vorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter dazu auffordert.

Die Mieter tagen.

Senkung der Mieten tut not! — Aufruf zum Zusammenschluß

Dresden, 21. September.

Die Vertreter der Landes- und Provinzialverbände des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. Sitz Dresden, tagten am Sonnabend und Sonntag in Dresden, um zur Lage der Mieter Stellung zu nehmen.

Im Vordergrund der Verhandlungen stand der Entwurf zu einem Gesetz über das soziale Mietrecht, hinter den sich die Vertreter restlos stellten. Zur Frage der Umgestaltung der Aufwertungs-(Hauszins-)Steuer nahmen die Vertreter die von der Bundesregierung der Reichsregierung unterbreiteten Vorlagen einmütig an. Beschlossen wurde ferner eine Kundgebung an die Mieterschaft Deutschlands, in der gegen die Forderungen des Hausbesitzes Stellung genommen wird. Die Mieterschaft fordere: Neuregelung der Mietzinssteuer zur endgültigen Erlassung der durch den Hausbesitz gemachten Entschuldigungsgegenstände, uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und allgemeine Senkung der Mieten einschließlich gesetzlicher Maßnahmen zur Senkung der Neubaumieter. Die deutsche Mieterschaft lehne es ab, trotz wiederholter Warnungen bei den neuen Maßnahmen der Reichsregierung wiederum Lastenträger zu werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die deutschen Mieter, sich zusammenzuschließen und für die Forderungen des Verbandes zu werben und zu wirken.

Bierjähriger in die Spree gestürzt.

Tragischer Tod eines taubstummen Kindes.

Beim Spielen kurzte gestern abend ein etwa vierjähriger Junge in die Spree und ertrank, noch bevor Hilfe zur Stelle war.

In der Uebergangsgasse hinter dem Zirkus Busch endet der Fahrweg in einer schräg abfallenden Böschung, an der sich die Ladeplätze der Spreefähnen befinden. An dieser Stelle spielten in den gestrigen Abendstunden mehrere kleine Kinder. Unter ihnen befand sich ein vierjähriger taubstummer Knabe, der sich zu weit über die Kaimauer wagte, dabei das Gleichgewicht verlor und zum Entsetzen seiner Spielkameraden in die Spree stürzte. Anstatt gleich um Hilfe zu rufen, ließen die Kinder in ihrer

Angst davon, und erst Minuten später erfuhr Passanten von dem Unglück. In der Zwischenzeit war das verunglückte Kind, das infolge seines Gebrechens keinen Laut von sich geben konnte, völlig hilflos untergegangen. Die alarmierte Feuerwehr und ein Boot des Polizeiwasserlehrlings nahmen im Lichte der Scheinwerfer die Suche nach dem ertrunkenen Jungen auf. Erst nach zweistündigen Bemühungen konnte die kleine Leiche, die von der Strömung schon ziemlich weit abgetrieben war, geborgen werden. Die Bergungsaktion der Feuerwehr hatte eine große Schar Neugieriger angelockt.

Ozeanflieger gerettet!

Johannsen, Rody und Weiga an Bord eines Motorschiffes.

Dessau, 21. September.

Bei den Junkerwerken in Dessau ist am Montagabend ein Kabeltelegramm folgenden Inhalts eingetroffen: „M. S. Belmoira via Capracene 96, 148 Stunden schwamm die Maschine. Wir haben sie verlassen an Bord Belmoira. Flugkapitän Johannsen.“ Aus diesem Kabeltelegramm geht offensichtlich hervor, daß sich das Junkerwasserflugzeug trotz schlechten Wetters sechs Tage auf hoher See gehalten hatte.

New York, 21. September.

Der Associated Press wird aus Halifax gemeldet, daß das Motorschiff „Belmoira“, das von Albany im Staate New York unterwegs nach Russland ist, habe die deutschen Ozeanflieger Rody, Johannsen und Weiga aufgenommen. Weiter wird aus Toronto von einem Funkpruch berichtet, nachdem die „Belmoira“ die Trümmer des Flugzeugs in der Gegend sichtete, wo das Flugzeug Rodys zuletzt gesehen worden ist.

Auto gegen Personenzug.

Vier Tote und zwei Schwerverletzte.

Magdeburg, 21. September.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg ist am Montagmittag bei einem unbewachten Uebergang zwischen den Bahnhöfen Zeppernitz und Laburg ein mit sieben weiblichen Personen besetztes und aus Leihkauf stammendes Auto gegen den Personenzug 1783 gefahren. Der Kraftwagen wurde zertrümmert. Von den Insassen des Wagens wurden zwei Frauen und zwei Kinder getötet, eine Frau leicht und zwei Frauen schwer verletzt.

Zwei tödliche Unfälle.

Amtsgerichtsrat vom Privatauto überfahren.

In Charlottenburg ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Berliner Straße 80 ein tödlicher Verkehrsunfall. Beim Ueberstreifen des Fahrdammes wurde dort der 63 Jahre alte Amtsgerichtsrat Otto Rufe aus der Guerickestraße 26 in Charlottenburg von einem Privatauto überfahren und lebensgefährlich verletzt. Rufe wurde in das Bestendrankenhaus übergeführt, wo er bald nach seiner Einlieferung an den Folgen innerer Verletzungen starb.

Der zweite tödliche Unfall trug sich in der Dorfstraße in Tempelhof zu. Ein etwa sechsjähriges Mädchen geriet beim Spielen gegen 17 Uhr unter die Räder einer Autobrodmaschine; das unglückliche Kind wurde noch ein Stück mitgeschleift. Die Verunglückte wurde in das Tempelhofer St. Josefkrankenhaus eingeliefert, wo nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

Als Harry den Salon betritt, sind die Gäste seiner Tante vollzählig anwesend. Er läßt der verwitweten Frau Regierungsrat Telles die Hand, begrüßt Frau Beate Bobbe und nickt dem Oberlehrer und Kunstkritiker Dr. Hermann Aronius, der auf Franzé einredet, nicht besonders freundlich zu, denn der Bierernst des kunstbesessenen Pädagogen geht ihm schwer auf die Nerven.

„Onkel läßt sich entschuldigen, er fuhr noch ins Geschäft“, unterbricht er das Gespräch über die verschiedenen Auffassungen des Don José, in dem Dr. Aronius den Typ des männlichen Mannes erkennen will.

Frau Beate Bobbe atmet auf. Endlich wird es interessant. Sie hatte gehofft, den Bruder der Hausfrau, den berühmten Sänger Manfred Gramacher zu treffen. Zu ihrem Schmerz mußte sie erfahren, daß er bereits abgereist sei und aller Wahrscheinlichkeit nach in Schottlands Bergen herumkletterte. Immerhin steht jetzt Dr. Harry Silvester zur Verfügung, mit dem man auch recht geistvoll plaudern kann.

„Lieber Doktor“, spricht sie ihn an. „Wie freue ich mich...“ Sie vergißt zu sagen, warum sie sich freut und zerkrümelt zierlich einen Keks zwischen den Fingern.

Harry ist zerstreut. Wird das Telegramm rechtzeitig Manfred erreichen? Wird James nicht kopfscheu werden? Hoffentlich kann er ihn von Dummheiten abhalten. Er lächelt lebenswürdig in die Gegend und sagt ein paarmal hintereinander: „Ja... ja... ja...“

„Sie sind abgespant, Sie Armster“, bedauert Frau Beate Bobbe. „Da tut eine Tasse Tee Wunderdinge...“

„Wie geht es dem Herrn Gemahl?“, fragt Harry, nur um die guten Ratsschläge im Keim zu ersticken.

„O danke, er arbeitet.“

„Das freut mich.“ Harry zuckt gerods mit dem rechten Auge. Herrgott nochmal, was kümmert mich der mißkriegerische Effig-Bobbe. Von mir aus soll er Mosttrich fabrizieren.

Frau Beate Bobbe strengt ihren blonden Kopf nach einem

Thema an, würdig dieses literarischen Tees. Sie steht allgemein in dem Ruf, nicht das Pulver erfunden zu haben, und ganz böse Jungen tuscheln fogar, sie sei dumm. Sie hat sich nun einmal in die Schöngestigkeit verrannt und betrübt sich von Herzen darüber, daß Effig-Bobbe diese Reizung nicht teilt. Sie kann ihn zwar sonst um den Finger wickeln, aber Bekehrungsversuche auf diesem Gebiet blieben völlig unfruchtbar. Erich Bobbes Gedanken richten sich einzig und allein auf das Blühen und Wachsen der Effigspaltpilze. Jedenfalls ist Frau Beate Bobbe stolz darauf, in Franzé Silvesters Salon literarischen Tee zu trinken, um so mehr, da Harry Silvester ein sehr sympatischer, ja ein schöner Mensch ist.

„Man trifft so selten Männer von Geprät...“ seufzt Frau Beate. Ich hätte etwas mehr Parfüm nehmen sollen, grübelt sie.

„Warum selten...? Aber liebe, gnädige Frau, schauen Sie sich doch unseren Dr. Aronius an. Es sprüht förmlich um ihn.“

Frau Beate Bobbe begreift nie sofort. Nach einer Weile nickt sie: „Sie meinen das doch wieder ironisch. Man kennt Sie doch. Sie boshafter Mensch!“

„Huch nein!“ Harry hört sich ein paar Minuten an, was Dr. Hermann Aronius über den „Ring“ auf der Zoppoter Waldbühne berichtet.

„Aber guter Doktor“, fährt er dazwischen, „das ist doch Unfug! Was hat Richard Wagners Musik im Wald zu suchen?“

„Mein lieber, junger Freund“, seht sich Dr. Aronius in Positur. Er hustet, denn er hat sich vor einigen Tagen erkältet. „Wie stimmungsvoll, wenn die Vögel im Walde zu den Klängen Wagners zwitschern...“

„Und die Schnellzuglokomotiven dazwischenpfeifen“, schaltet Harry ein. „Ich habe vor drei Jahren „Vohengrin“ dort gehört, und während des Vorspiels schienen sich die Lokomotiven zu einem finsternen Komplott verschworen zu haben.“

„Sie sind zu skeptisch...“ Dr. Aronius weicht nicht weiter. Frau Beate Bobbe kommt ihm zu Hilfe. „Kunst ist doch überall schön, wo sie uns geboten wird.“

„Und die Symbole...“, gibt Frau Regierungsrat Telles zu Bedenken.

Da kann man nit machen“, sieht Harry ein. Franzé lächelt. Sie ist gut gelaunt. Erlöst genießt sie das Gefühl, frei von Schmerzen zu sein. Sie streicht sich über die Stirn und das krause braune Haar. Die Bobbe hat bestimmt wieder ein paar Pfund zugenommen. Und ich

möchte so gern dicker werden, aber ich bekomme von der Sahne nur Magenschmerzen.

„Um auf Ihren Herrn Bruder zurückzukommen, verehrte, gnädige Frau“, Dr. Hermann Aronius bedient sich mit kleinen Würbelchen. „So muß ich gestehen, daß der Mensch hält, was der Künstler verspricht. Welche hohe Auffassung der Kunst!“

„... Und welch geniales Köpfchen zum Spekulieren. Der Herr Kammerfänger kennt sich in Börsennotierungen genau so gut aus wie in Opernpartituren.“

„Aber Harry!“ Franzé schüttelt vorwurfsvoll den Kopf. „Ich sag dir nur, James könnte glücklich sein, wenn er Manfreds Instinkt für diese Dinge besitzen würde. James und die ganze Börse hier. Warum soll ein Heldentenor nicht mit Aktien von Standard Oil umgehen können? Vereinnigt sich das nicht mit der Idealität eines Tristan? Na, Wagner war auch kein Heiliger.“

„Die Jugend liebt es, zu übertreiben. Ich kenne das von meinem Sohn Bert“, stellt die verwitwete Frau Regierungsrat Telles milde fest. Sie hat die Angewohnheit, beim Sprechen ständig an ihrem Zopf herumzuordnen. Der Zopf ist der Schmutz des Weibes, behauptet sie zu jedem, der es hören oder nicht hören will.

„Aber von der Jugend wird die Erneuerung des Geistes ausgehen“, krächzt Dr. Aronius. In seiner Eigenschaft als Oberlehrer am Lyzeum fühlt er sich verpflichtet, feurig für die junge Generation einzutreten, obgleich sie es im Grunde nicht verdient, wie er es sich in stillen Stunden eingestekt. „Mein Katarth macht mir zu schaffen“, er befühlt sorgsam seinen Kehlkopf. „Ja, ja, der plötzliche Wetterumschlag.“

„Ich weiß ein Mittel, Herr Doktor“, Frau Beate legt dem anerkannten Kritiker der „Morgenzeitung“ im Eifer die Hand auf den Arm. „Rehnen Sie doch, Johimbim, mein Mann gebraucht es gegen Erkältungen.“ Sie sieht befremdet von Dr. Aronius, der sein Gesicht zusammenneißt, zur Regierungsrätin Telles hinüber, die schockiert die Augenbrauen hochzieht.

Franzé wendet sich ab und macht sich an der Teefanne zu schaffen.

Frau Bobbes wässrige Augen schauen hilflos. Ihre etwas zu lange Nase hängt traurig im Gesicht herum. Was habe ich denn gesagt, denkt sie. Erich nimmt es ständig.

„Dieses Mittel führt zu gewissen Begleiterscheinungen...“ läßt sich Harry vernehmen. Er beendet den Satz nicht, weil ihn Franzé bittend anblickt.

(Fortsetzung folgt.)

Die abgebissene Nase.

Elf Monate Gefängnis für einen eifersüchtigen Liebhaber.

Der Vorsitzende der Berufungsverhandlung mag mit seiner Vermutung recht gehabt haben: Weil der Angeklagte seine Freundin niemand anderen gönnte, bis er ihr, um sie zu verunstalten, die Nase ab. Die Dreißigjährige, Inhaberin eines Brotgeschäftes, kann nach von Glück sagen: Das Stück war nicht ganz abgebissen, die herabhängende Spitze wurde schnell genug angenäht. Aber schön sieht es nicht aus. In der ersten Instanz hatte der Mann 11 Monate Gefängnis erhalten. Das war ihm zu viel und er hatte Berufung eingelegt. Nun schilderte er erneut, wie er zu der Tat gekommen, sagte allerdings auch nur die halbe Wahrheit. Den tieferen Sinn seiner unentschuldigbaren Handlungsweise brachte er aber in einem prägnanten Satz zum Ausdruck: Wenn man so lange mit einer Frau lebt, kann man doch nicht so schnell weggehen.

Im März 1927 lernte der 28jährige P. die S. gelegentlich eines Geburtstages seines Freundes kennen. Vierzehn Tage später wohnte er bereits bei ihr; seitdem mit geringen Unterbrechungen ganze vier Jahre hindurch. Im Jahre 1929 verlor er seine Arbeit, die Arbeitslosenunterstützung reichte nicht, und die Frau steuerte zu seinem Lebensunterhalt bei. In der ersten Zeit trugen beide sich mit dem Gedanken zu heiraten; die Freundin mußte sich aber zuerst von ihrem Manne scheiden lassen. Als es endlich so weit war, zögerte er, eine Ehe einzugehen — aus „finanziellen Gründen“. Da begannen die Zwistigkeiten. Sie verbot ihm das Haus, er kam aber immer wieder. Das ging so eine Zeitlang hin und her. Im Februar d. J. schickte sie an ihn in die Wohnung seines Bruders einen eingeschriebenen Brief, in dem sie zum zweitenmal die Freundschaft kündigte... und ließ ihn weiter bei sich wohnen. Aus Angst, sagt sie...

Am 1. April traf er, nachdem er drei Nächte bei seinem Bruder geschlafen hatte, gegen Abend einen unbekannten Mann bei ihr an. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen; sie gab ihm zu verstehen, daß er gar kein Anrecht mehr auf sie habe und ruhte nicht eher, als bis er sich zusammen mit dem Mann entfernt hatte. Am nächsten Morgen kam er wieder. Der Mann vom Abend vorher war gerade damit beschäftigt, die Toilette in Ordnung zu bringen. Da rief P. seine Freundin ins Hinterzimmer, bat, sie ihm einen Kuß zu geben und ließ ihr die Nase ab. „Er hat mir früher nie einen Kuß gegeben, er war überhaupt niemals zärtlich, immer nur wie ein Tier“, sagte sie vor Gericht. Der Mann schleibt aber alle Schuld ihr zu: sie habe ihn mit anderen Männern hintergangen. Das will sie nicht wahr haben.

Der Mann wird seine elf Monate abtun. Er wird aber nicht aufhören, sich als Opfer der Frau zu betrachten, die er für immer verunstaltet hat.

Die Quelle des Grauens.

Leichenteilefunde bei Helsingfors. — Reste von Lustmorden.

Helsingfors, 21. September.

Bei einem einsam gelegenen Moor, einige Kilometer von Helsingfors entfernt, hat ein Chauffeur, der an einer Quelle trinken wollte, eine Menge Leichenteile gefunden, einen Kopf mit langem Frauenhaar, vier linke Hände, vier rechte Hände, drei linke Füße, sechs rechte Füße und Teile von zehn abgehauenen Fingern, die mit Bindfäden zusammengebunden waren.

Die Fundstelle ist 30 Meter von einer Chauffee entfernt. An der gleichen Stelle fand man vor einem Jahr eine abgehauene Frauenhand, ohne daß damals die Polizei das Rätsel lösen konnte, um welchen Mord es sich handelt. Der neue Fund zeigt eine große Ähnlichkeit mit dem vorjährigen.

Alle Leichenteile sind in Zeitungspapier eingepackt und zusammengebündelt. Sie zeigen alle scharfe Schnittstellen.

Der gefundene Kopf stammt wahrscheinlich von einer älteren Frau, während die gefundenen Hände sowohl Männer- wie Frauenhände sind. Als sich der Chauffeur zur Quelle niederbeugte, sah er plötzlich zu seinem großen Entsetzen eine Hand unter dem Wasserpiegel. Er untersuchte das Wasser mit einer Stange, und im nächsten Augenblick tauchte ein Kopf auf. Während des ganzen Nachmittags hat die Polizei die Quelle untersucht und andauernd neue Funde gemacht. Die polizeilichen Untersuchungen wurden bis zum Eintritt der Dunkelheit fortgesetzt und sollen heute morgen wieder aufgenommen werden. Die Leichenteile haben wahrscheinlich einige Monate im Wasser gelegen. Alles ist vorläufig noch ein Rätsel. Man nimmt an, daß es sich um Lustmorde von mindestens sechs Opfern handelt. Von den Tätern hat die Polizei noch nicht die geringste Spur. Die Quelle ist sehr tief. Es ist unmöglich, sie leerzupumpen. Während eines Wobdrandes im Jahre 1914 hatte man daraus ununterbrochen mehrere Tage lang Wasser entnommen, ohne das der Wasserspiegel der Quelle sank.

Verpflegung für reisende Tiere.

Einer dankenswerten Aufgabe hat sich dieser Tage die Reichsbahndirektion Berlin durch den Bau einer Tränk- und Fütterungsanlage für Schlachtvieh, das von Polen und Litauen nach Belgien, Holland und Frankreich befördert wird, entledigt. Jährlich werden von der Reichsbahn zahlreiche Tiertransporte befördert. Dauert die Fahrt länger als 36 Stunden, so müssen die Tiere unterwegs verpflegt werden. Zu diesem Zweck hat die Reichsbahn in den verschiedensten Gegenden des Reichs sogenannte Fütterungs- und Tränkstationen errichtet. Auch über Berlin geht ein großer Teil von Schlachtpferdetransporten. Vor einiger Zeit erregte es den Unwillen der Öffentlichkeit, als bekannt wurde, daß die Tiere vom Abendeort bis zum Ziel teilweise sogar bis zu 70 Stunden ohne jegliche Pflege und Versorgung blieben. Auf dem Bahnhof Berlin-Spreeufer in der Lehrtorstraße, etwa dem Poststadion gegenüber, ist die neue Tränkstation für die Transporte von West nach Ost errichtet worden. Bei dem Bau sind alle seuchenpolizeilichen Vorschriften berücksichtigt worden, so daß die Durchfuhrpferde mit dem Anstandsveh nicht in Berührung kommen. Die Bogen haben Zementfußböden und sind derart ausgestattet, daß sie täglich desinfiziert werden können. Durch diese Anlage kann den Tieren in

Strafanträge gegen Hetzer.

Bezirksamt Friedrichshain setzt sich zur Wehr.

Die der „Roten Fahne“ eigene Art, die kommunale Wohlfahrtsarbeit herabzuredern und besonders da, wo Sozialdemokraten Leiter von Wohlfahrtsämtern sind, diese zu verleumdern und zu beschimpfen, hat das Bezirksamt Friedrichshain veranlaßt, in allen solchen Fällen Strafantrag zu stellen.

Die Arbeit der Beamten, der Angestellten in den Wohlfahrtsämtern und die der zahlreichen Ehrenbeamten in der Wohlfahrtspflege erfordert heute mehr denn je ein hohes Maß von Pflichtgefühl und Opfermut. Diese in schwerer Zeit der Gemeinschaft dienenden Kräfte noch zu beschimpfen und verleumdern, führt dazu, daß unbesonnene Elemente zu tödlichen Angriffen aufgehetzt werden, wie wir sie in letzter Zeit immer häufiger erleben.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sollte sich der Redakteur der „Roten Fahne“ Wilde wegen Beleidigung von Wohlfahrtsbeamten des Bezirksamts Friedrichshain verantworten. Wie leichtfertig das Bolschewistenblatt Verleumdungen weitergibt, zeigt, daß der Herr Wilde in einem vorausgegangenem Termin bereit war, eine Vergleichserklärung zu veröffentlichen, „weil unser Gewährsmann, der uns diese Mitteilung gemacht hat, nicht zu ermitteln ist“. Bei der Schwere der Beleidigungen konnte sich das Bezirksamt jedoch auf einen solchen Vergleich nicht einlassen. In dem am Freitag stattgefundenen Termin war es interessant, daß Herr Wilde auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch Redakteur der „Roten Fahne“ sei, die Antwort verweigern wollte. Er gab es jedoch schließlich zu.

Die Verantwortlichkeit für den beleidigenden Artikel lehnte er ab, da er nur für den lokalen Teil zuständig war. Sein Verteidiger machte außerdem geltend, daß für die frühere ungenügende Abgrenzung der pressegesetzlichen Verantwortung in der „Roten Fahne“ die Pressepolizei schuldig wäre. Das Gericht beschloß Beweisaufnahme, ob Wilde als zuständiger „Verantwortlicher“ anzusehen sei. Zum Schimpfen und Verleumdern steht den Herren von der „Roten Fahne“ also nicht der Mut, sollen sie jedoch den Wahrheitsbeweis antreten oder gar die Verantwortung übernehmen, dann gelten alle Kniffe, die nur möglich sind, um sich zu drücken.

Nazimob auf Mädchenjagd.

Aus Waidmannslust schreibt man uns:

Die Nationalsozialisten haben in Berlin-Waidmannslust, Dianastraße 66, vor einiger Zeit von einem kapitalistischen Gönner ein Landgrundstück mit einer Villa zur Verfügung gestellt bekommen. Wie andere SA-Helme auch ist dieses Haus, von dichten Sträuchern und hohen Bäumen umgeben, nach eigenen Angaben der Nazigäste wie eine kleine Kaserne eingerichtet. Ueberflüssigerweise bedroht ein Hakenkreuzverzerrtes Plakat weihlich sichtbar unbefugte Nachbesucher mit Lebensgefahr. In den Nachmittags- und Abendstunden wird vor dem Haus von SA-Leuten regelrecht Posten gestanden. Damit diese Zivilsoldaten, da sie sonst von der Einwohnerschaft kaum beachtet werden, ein wenig Zeitvertreib haben, pöbeln sie mit jart-

zwezmäßiger Weise Futter und Wasser gereicht und eine Pause zur Erholung gegönnt werden. Je nach der Jagdlage können sich die Tiere in Berlin-Spreewälder 3-8 Stunden außerhalb des Wagens in den Stallungen oder bei warmem Wetter in einem umzäunten Raum unter freiem Himmel aufhalten.

Festnahme eines Bahnattentäters.

Teilnahme an der Unfat von Via Torbagn verdächtig.

Leoben, 21. September.

Auf Grund einer privaten Anzeige verhaftete die Polizei den in Württemberg geborenen 33jährigen Maschinenkloster Walter von Riesen unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Eisenbahnattentat von Via Torbagn. Riesen, der leugnet, hatte sich durch Äußerungen über das Attentat verdächtig gemacht. Es wurden bei ihm zahlreiche Zeitungsauschnitte über die Katastrophe von Via Torbagn gefunden. Er hielt sich auch kurz vor dem Attentat in Budapest und Steinamanger auf, will aber Ungarn bereits am 11. September verlassen haben. Das Kreisgericht Leoben setzte sich mit den ungarischen Behörden sogleich in Verbindung.

Ausstellung der Mineralwasserfabrikanten.

Der Reichsverband Deutscher Mineralwasserfabrikanten hielt seinen 30. Verbandstag, verbunden mit einer Jahrausstellung in der „Neuen Welt“ ab. Der Eröffnung wohnten außer den Vertretern der Staats- und städtischen Behörden Mitglieder aus allen Teilen des Reiches und Delegierte der gleichen Fachverbände aus Oesterreich, Ungarn und Bulgarien bei. Als erster ergriff der Vorsitzende des Berliner Verbandes der Mineralwasserfabrikanten und Bierverleger, Herr Starik, das Wort und führte in kurzer Rede aus, daß Berlin trotz der Rot der Zeit alles getan habe, um der Ausstellung einen würdigen Rahmen zu geben, und daß man hoffe, bei den Montag und Dienstag stattfindenden Fachberatungen zu einem Ergebnis zu kommen, wie man dem schwer daniederliegenden Gewerbe wieder die Möglichkeit zu einer geistlichen Vorwärtsentwicklung geben könne. Aus der Rede des Präsidenten des Reichsverbandes Deutscher Mineralwasserfabrikanten, Herrn Feldtichner, Nürnberg, der den historischen Werdegang der Entwicklung und Bedeutung seines Verbandes kurz streifte, war zu entnehmen, daß der Verband trotz erheblicher Widerstände von Anfang an sich langsam zu seiner heutigen Größe und volkswirtschaftlichen Bedeutung entwickelt habe. Er betonte besonders, daß heute nicht die Zeit dazu sei, die Hände in den Schoß zu legen und kleinmütig zu sagen: „was kann der Einzelne dazu tun?“ sondern daß man durchhalten und in gemeinsamer Arbeit Wege finden müsse, die aus den Bedrängnissen der Zeit herausführen. Für die deutsche Mineralwasserindustrie komme noch erschwerend die

lich-frechen Andeutungen vorübergehende Frauen und Mädchen an! Sie treiben ihren „Spaß“ sogar so weit, daß sie noch schulpflichtige Mädchen belästigen, ihnen nachlaufen und mit Beinstellen zu Fall bringen. Es wäre an der Zeit, wenn die Polizei sich um die Nudbys kümmern würde und besonders in den Abendstunden der Kaziubude ihre Aufmerksamkeit schenkte. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß Mädchen und Frauen abends aus Angst vor Fliegeln weite Umwege machen, um den SA-Gestalten nicht begegnen zu müssen! In Tegel ist dieser Tage ebenfalls ein neues Nazilokal mit Kaziulagern und Soldatenbetten eingerichtet worden. Nicht eigenartig, daß diese Gesellschaft so tagscheu ist und immer zuerst ihre Heime für nächtlichen Gebrauch einrichtet.

Hakenkreuzler spielen Krieg.

48 Nazis bei einer Nachübung festgenommen.

Im Tegeler Forst wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag 48 Hakenkreuzler festgenommen, die sich dort zu einer streng legalen Nachübung eingefunden hatten.

Zunächst wurden im Jagd 87 des Tegeler Forstes fünf Mann, offenbar eine „Patrouille“ zwangsgestellt. Bei den weiteren Nachforschungen stießen Beamte des Leberfallkommandos auf das „Gros“, dessen Hauptquartier sich in einem Lokal in Schälzendorf bei Tegel befand. Die ganze Kolonne mußte ihr Kriegsspiel unterbrechen und die Fahrt nach dem Alexanderplatz antreten.

Trotz des Demonstrationsverbotes formierte sich am Sonntag am Kranoldplatz in Vohlerfelde ein 150 bis 200 Mann starker Zug von Stahlhelmen. In Mariensfelde wurde die Marschkolonne von der Polizei aufgelöst und 36 Personen festgenommen.

Naziführer Hellsdorf in Moabit.

Der Führer der Berliner SA, Graf Hellsdorf, und sein sogenannter Adjutant Ernst, sind gestern in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Beide werden als Haupttätersführer bei den Kurfürstendammtramwällen angeklagt. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlung vor dem Schnellrichter schon in den nächsten Tagen stattfindet.

Mit den antisemitischen Ausschreitungen am Kurfürstendamm beschäftigte sich am Sonnabend, dem 19. d. M., eine Sitzung der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde. Die Redner der Fraktionen erhoben sich ärgsten Protest gegen die rohen und kulturfeindlichen Ausschreitungen. Der Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Herr Direktor Dr. Kleemann, gab Erklärungen über die von ihm und dem „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ bei den zuständigen Behörden unternommenen Schritte ab. Er teilte ferner mit, daß seitens der Behörden beruhigende Zusicherungen über den Schutz bei kommenden jüdischen Festtagen gegeben worden sind.

Sonderbelastung durch die Mineralwasser- und Schanl-verkehrsteuer hinzu, einer Steuerbelastung, die geeignet sei, eine ganze Industrie zu ruinieren und trotzdem dem Staat keinerlei Nutzen zu bringen.

Im Anschluß an den Begrüßungsakt fand ein Rundgang durch die stark besetzte Ausstellung statt, auf der sich zeigte, daß sich hier in aller Stille eine Industrie entwickelt hat, deren Umfang und Bedeutung der Laie gar nicht zu übersehen vermag. Die neuesten maschinellen Einrichtungen dienen dazu, auf sauberste und hygienischste Weise Getränke herzustellen, die in hohem Maße der Volks-gesundheit dienen.

Vermutlich keine Haftentlassung Streckers.

Er lehnt selbst den Paragrah 51 ab.

Für den Schriftsteller Streckler, der sich im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Moabit unter ärztlicher Beobachtung befindet, dürfte von seinem Verteidiger voraussichtlich kein Haftentlassungsantrag mehr gestellt werden. Streckler hat nämlich seinen Anwalt selbst erklärt, daß er es ablehne, den Schutz des § 51 für sich in Anspruch zu nehmen. Andererseits ist bereits in zwei bis drei Wochen mit der Hauptverhandlung gegen den Schriftsteller in Potsdam zu rechnen, so daß dann alles weitere dem eigentlichen Prozeß, für den angeblich noch Überraschungen bevorstehen sollen, vorbehalten sein wird.

Nicht nach Rußland!

In einem Artikel vom 17. September in Nummer 180 fordert die „Rote Fahne“ auf: „Sozialdemokratische Arbeiter, fährt in die Sowjetunion. Die russischen Gewerkschaften laden 40 sozialdemokratische Arbeiter zum Studienaufenthalt in der Sowjetunion ein. Aufruf an die SPD-Arbeiter.“ Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bringt deshalb den Mitgliedern den Beschluß des Bezirksvorstandes Berlin in die Erinnerung, monach die Beteiligung an Rußlanddelegationen mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar ist. Gleichzeitig warnt der Bezirksverband die Genossen und Genossinnen, am 9. Oktober in den Sophienkäfen an der von der KPD einberufenen „Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten“ teilzunehmen, da es sich um eine aus-gesprochene KPD-Verammlung handelt.

Zwei internationale Gauner, ein vorhergehabter Mann namens Feiner aus Polen und ein Mann namens Zuckerberg aus der Tschechoslowakei wurden wegen gemeinschaftlichen versuchten Diebstahls in zwei Fällen und Vahorvergehens vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu empfindlichen Strafen verurteilt. J. erhielt ein Jahr Gefängnis und F. wegen derselben Taten im Rückfall ein Jahr neun Monate Zuchthaus.



Gutes und sparsames Kochen

ermöglicht

MAGGI'S Würste

Wenige Tropfen verbessern schwache Suppen, Soßen, Gemüse, Salaté usw.

Die Aktienrechtsreform.

Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück.

Der erste Akt der Aktienrechtsreform, der nunmehr durch Notverordnung vollzogen wurde, hat sich die Echterner Springprojektion zum Vorbild genommen: zwei Schritte vor, einen Schritt zurück. Die Idee der Notverordnung war: es sollten jene Teile der Aktienrechtsreform sofort in Kraft gesetzt werden, die durch die bedrohlichen Mißstände im Aktienwesen und durch die Vertrauenserschütterung gegenüber der deutschen Wirtschaft besonders dringlich geworden waren. Dabei wollte man die Gelegenheit benutzen, um an dem Entwurf jene Änderungen vorzunehmen, die sich im Verlauf der öffentlichen Diskussion über die Aktienrechtsreform als zweckmäßig herausgestellt hatten, und weitere Änderungen, die durch die bitteren Lehren der Skandale im Aktienwesen notwendig geworden waren.

Was man aber in Wirklichkeit getan hat, ist etwas ganz anderes. Man hat zwar einige Verschärfungen vorgenommen, um die man nach den jüngsten Erfahrungen nicht mehr herumkam; es handelt sich dabei vor allem um die Verschärfung der Vorschriften über die Verwaltung der Aktiengesellschaften. Aber dem steht eine große Unterlassungsfünde und in den einschneidenden Punkten eine direkte Rückgängigmachung der Reform gegenüber.

Die Unterlassungsfünde ist darin zu erblicken, daß man

zwei Gebiete des Aktienrechts, in denen eine Reform ebenso dringlich und unausschiebbar ist wie bei den durch die Notverordnung geregelten Gebieten, dem ordentlichen Gesetzgebungsweg überlassen

und damit auf eine sehr lange Bank geschoben hat. Das eine Gebiet betrifft die Frage der Mehrstimmennakten, durch die der Mißbrauch der Verwaltungsmacht zum System erhoben war, der andere die Stellung der Betriebsräte im Aufsichtsrat; die Vertretung der Belegschaft im Aufsichtsrat wurde und wird vielfach durch Bildung von Unterkommissionen illusorisch gemacht, und hier schleimig Wandel zu schaffen, wäre unendlich notwendig gewesen.

Das alles wiegt aber noch leicht gegenüber der Tatsache, daß die Notverordnung die entscheidenden Bestimmungen der Aktienrechtsreform, die sie zu regeln vorgibt, nämlich

die Vorschriften über die Publizität und über die Pflichtrevision in Wirklichkeit gar nicht in Kraft setzt,

sondern auf unbestimmte Zeit verschiebt. Nachdem nämlich in der Notverordnung seitenslang Vorschriften über diese beiden Materien gemacht werden, heißt es plötzlich kurz und bündig: Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt, an dem diese Vorschriften in Kraft treten und erläßt die entsprechenden Uebersetzungsbestimmungen.

Damit ist ein staatsrechtliches Unikum geschaffen worden. Auf der einen Seite gibt die Regierung zu, daß im deutschen Aktienwesen Notstände aufgetreten sind, die den Erlaß einer Notverordnung rechtfertigen und erzwingen. Auf der anderen Seite aber sind diese Notstände nach Auffassung der Regierung so wenig dringlich, daß sie einen Aufschub auf unbestimmte Zeit vertragen. Wozu hat man also eine Notverordnung erlassen, wenn nach Auffassung der Regierung gar keine Not vorliegt?

Nun könnte man zur Rechtfertigung dieses rätselhaften Vorgehens der Regierung anführen, daß augenblicklich noch nicht genügend ausgebildete Wirtschaftsprüfer vorhanden sind, um sämtliche Aktiengesellschaften zu revidieren. Dies alles sei zugegeben. Dann wäre es aber ohne weiteres möglich gewesen, daß bereits die Notverordnung

die strenge Revisionspflicht

zunächst nur für einen bestimmten Kreis von großen Aktiengesellschaften erlassen und für kleinere Gesellschaften die Regierung zu vorübergehenden Erleichterungen ermächtigt hätte. Ebenso hätte man die Bilanzvorschriften bereits jetzt in Kraft setzen können.

Aber nicht genug damit, hat die Notverordnung noch eine weitere Sicherung gegen das richtige Funktionieren der Publizitätsbestimmungen eingeschaltet. Es wurde nämlich eine neue Bestimmung eingefügt, wonach Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen nicht deshalb angefochten werden können, weil sie den Vorschriften der Notverordnung nicht entsprechen. Das bedeutet nichts weniger als daß es überhaupt keine Möglichkeit gibt, die Einhaltung dieser Vorschriften zu erzwingen, denn den Aktionären ist das Recht dazu ausdrücklich genommen, das von uns geforderte Aktienamt wurde nicht geschaffen, und der Staatsanwalt kann nur bei direkten Verschleierungen eingreifen.

Fügt man all diese Unbegreiflichkeiten zusammen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Regierung in ihrer Notverordnung so verfahren ist wie jemand, der ein Messer schleift, um eine lebenswichtige Operation durchzuführen, aber dann Angst bekommt, das Messer könnte zu scharf schneiden, und deshalb die Klinge herausnimmt.

Diese Kritik mußte vorausgeschickt werden, um die Einzelregelungen, die die Notverordnung bringt, richtig beurteilen zu können. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Regelung mögen nunmehr eine kurze Darstellung und Würdigung finden. Es handelt sich im wesentlichen um folgende:

1. Bestimmungen über die Verschärfung der Publizität. Sie betreffen den Geschäftsbericht, die Vermögensbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung und folgen im wesentlichen den Vorschlägen des ursprünglichen Entwurfs. Es werden also ziemlich detaillierte und im großen und ganzen auch ausreichende Vorschriften über die Bilanzgliederung erlassen und damit eine wesentliche größere Bilanzwahrheit und Klarheit erzwungen als bisher. Einen Fortschritt gegenüber dem Entwurf bedeutet es, daß auch die Gesamtbilanz des Vorstands und des Aufsichtsrats angegeben werden müssen. Hingegen blieb unsere Forderung nach Angaben über die Produktion, den Umsatz und die Belegschaft unberücksichtigt.

2. Bestimmungen über die Pflichtrevision. Hier wurden die Vorschläge des Entwurfs übernommen. Es werden also den Aktiengesellschaften regelmäßige jährliche Revisionen durch unabhängige Prüfer, die von der Generalversammlung bestimmt werden, zur Pflicht gemacht.

3. Bestimmungen über Vorstand und Aufsichtsrat. Sie sind zum Teil neu, vor allem die Bestimmungen, wonach

keine Gesellschaft mehr als 30 Aufsichtsratsmitglieder zählen und niemand mehr als 20 Aufsichtsratsmandate bekleiden darf. Wir halten diese Bestimmungen lediglich für eine

Verbeugung vor der Volksstimmung, die mit Recht über die Häufung einträglich Aufsichtsratsposten in der Hand der Großkapitalisten empört ist. Aber wirklicher Wandel wird dadurch nicht geschaffen, denn die Häufung von Aufsichtsratsmandaten beschränkt sich ja nicht auf die Hand voll von Leuten, die mehr als 20 Aufsichtsratsposten bekleiden. Wichtiger erscheint uns die neue Bestimmung, wonach sämtliche Aufsichtsratsmandate und Satzungsbestimmungen über den Aufsichtsrat mit der nächsten ordentlichen Generalversammlung jeder Aktiengesellschaft erlöschen. Man erhofft sich davon offenbar eine Sentung der Zahl der Aufsichtsratsstellen und eine Reduzierung ihrer Bezüge unter dem Druck der Volksstimmung. Diese Wirkung wäre freilich sicherer erreicht worden, wenn man solche Beschränkungen in die Notverordnung selbst aufgenommen hätte.

Zu den neuen Bestimmungen, die über den Entwurf hinausgehen, gehört noch

die Verschärfung der Strafvorschriften

für die Verwaltungsmitglieder bei besonders schweren Fällen des Handelns zum Nachteil der Gesellschaft und der unwohnen Darstellung oder Verschleierung des Vermögens- und Geschäftsstandes,

Die Welle des Hochschulzolls.

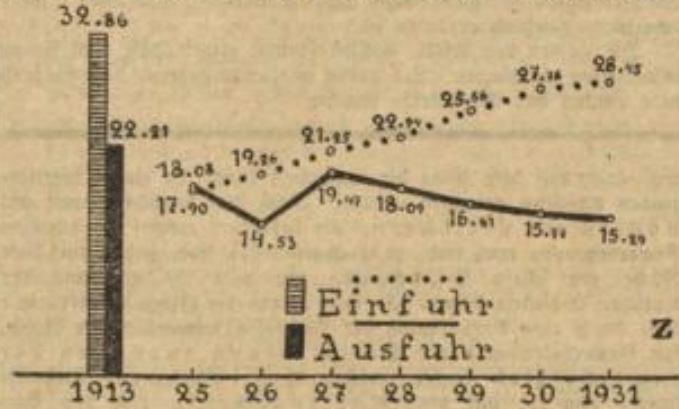
Bedenkliche Pläne der Schweiz.

Die Schweizer Regierung trägt sich mit der Absicht, den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag zum nächstmöglichen Termin, den 1. Oktober 1931, zu kündigen. Damit würde der deutsch-schweizerische Handelsvertrag am 31. Dezember d. J. ablaufen. Die Gründe, die diese Pläne der Schweizer Regierung veranlassen, liegen in der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der ständig sinkenden Ausfuhr nach Deutschland. Wie der Schweizer Delegierte im Völkerbund, Studt, erklärte, werden Zollserhöhungen nicht beabsichtigt, dafür aber die noch gefährlichere Kontingentierung der Einfuhr, das heißt die Beschränkung der Einfuhr auf bestimmte Mengen.

Die folgende Graphik zeigt, daß Deutschland von den beachtlichsten Prohibitivmaßnahmen der Schweiz besonders hart betroffen würde. Wenn auch Deutschlands Anteil an der Gesamteinfuhr der Schweiz noch nicht wieder den hohen Stand von 1913 mit fast 33 Prozent erreicht hat, so ist dieser Anteil doch seit 1925 ununterbrochen von 18 auf 28,4 Prozent gestiegen. Demgegenüber ist der deutsche Anteil an der Ausfuhr der Schweiz von dem Höhepunkt im Jahre 1927 mit 19,4 Prozent bis zum August dieses Jahres auf rund 16,3 Prozent gesunken. Diese für die Schweiz nicht erfreuliche Entwicklung bietet aber keinen Anlaß zu derart gefährlichen handelspolitischen Experimenten, wie sie jetzt vorgesehen werden. Die Schweizer Regierung weiß, wie es auch ihr Völkerbunddelegierter Studt aussprach, nur zu gut, daß die Hauptschuld an der sinkenden Einfuhr nach Deutschland die schweren Kaufkraftverluste der deutschen Bevölkerung infolge der anhaltenden Krise tragen.

Wenn, wie es in begrenztem Rahmen kürzlich in Frankreich geschah, jede Verschlechterung des Arbeitsmarktes in einem Lande eine Welle von Prohibitivmaßnahmen in Gestalt von Zollserhöhungen, Einfuhrbegrenzung (Kontingentierung) oder gar Einfuhrverboten auslöst, so steht Europa vor einer unab-

Deutschlands % Anteil an der Ein- und Ausfuhr der Schweiz



sehbaren Entwicklung. Daß dieser Weg zum Abgrund führen muß, hat der deutsche Vertreter in der Sonnabendtagung des Wirtschaftsausschusses der Völkerbundversammlung, Ministerialdirektor Dr. Pöffe, mit scharfer Betonung ausgesprochen. Dr. Pöffe erklärte im Hinblick auf die handelspolitischen Pläne der Schweiz, daß die weltwirtschaftliche Verschlechterung heute bereits zu eng sei, als daß man ihre Fäden ungestraft zerreißen könne. Derjenige, der ihre Fäden aber zerreißen würde, die Folgen an eigenen Leiden zu spüren bekommen. Es sei auch keine besonders angenehme Sache, den deutschen Markt als Absatzgebiet zu verlieren. Es sei leicht, Europa zu zerlegen, wer aber dies miterlebt, wird noch sehen, wie schwer der Wiederaufbau wird. Eine ungeheure Verantwortung laste auf den Schultern derer, die mit ihrem Vorgehen den Auftakt zum Umsturz des europäischen Wirtschaftssystems geben.

Diese Erklärung Dr. Pöffes hat im Wirtschaftsausschuß und darüber hinaus in Genf stärksten Eindruck hervorgerufen. Der Schweizer Vertreter Dr. Studt antwortete in einer Gegen- erklärung, daß seine Ausführungen eine so scharfe Antwort des deutschen Delegierten nicht gerechtfertigt hätten. Die Schweiz verhandle seit Januar mit Deutschland und er hoffe, daß man in der gegenwärtigen ernsten Lage eine Lösung finden werde. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Krise international die öffentlichen Finanzen in Unordnung gebracht habe. Wenn ein kleines Land in dieser anormalen Lage gewisse vorübergehende Ausnahmemaßnahmen treffen, könne man doch nicht von einer Zerstückelung des europäischen Wirtschaftssystems sprechen.

In diesen Fällen können Strafen bis 5 Jahre Zuchthaus verhängt werden, während bisher höchstens auf Gefängnis bis zu einem Jahre erkannt werden konnte.

Wie schon im Entwurf vorgesehen, werden ferner die Aufsichtsrechte und -möglichkeiten für den Aufsichtsrat verstärkt. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich Bericht zu erstatten. Er ist auch sonst dazu verpflichtet, wenn zwei bis drei Mitglieder des Aufsichtsrats es verlangen. Schließlich sind Kredite in jedweder Form an Vorstandsmitglieder oder deren Angehörige an die Zustimmung des Aufsichtsrates gebunden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Notverordnung einen allerersten Anfang zur dringlich notwendigen durchgreifenden Reform des Aktienwesens dargestellt hätte, wenn die Regierung nicht im letzten Augenblick

Angst vor ihrer eigenen Courage

bekommen hätte. Dadurch wurde freilich, wie schon anfangs dergefallt, die Reform völlig entwertet und um ihre Wirkung gebracht. Es muß ganz deutlich und ganz offen ausgesprochen werden, daß solche Regierungsmethoden nicht geeignet sind, die Vertrauenskrise zu beheben.

Soll dies also geschehen und damit die Wirkung erreicht werden, die man sich mit dem Erlaß dieser Notverordnung zum Ziele setzte, so muß die Reichsregierung in den allernächsten Tagen von der Ermächtigung, die ihr zur Inkraftsetzung der Bestimmungen über die Publizität und über die Pflichtrevision erteilt wurde, den weitest gehenden Gebrauch machen.

Die scharfe Polemik des deutschen Vertreters in Genf gegen jegliche weitere Erschwerung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist ein Warnungsruf. Hoffentlich wird auch die deutsche Regierung sich jetzt dazu verstehen, die Sünden in der Handelspolitik der letzten Jahre durch ein Herumtreiben des Steuers wiedergutzumachen.

Die englischen Zollpläne.

Erregung in der französischen Industrie.

Die von der englischen Regierung erwogenen Pläne zur Erschwerung bzw. zur gänzlichen Unterbindung des Imports ausländischer Luxuswaren haben in der französischen Exportindustrie, die seit Jahrzehnten in großem Umfange den englischen Markt belieferte, große Erregung ausgelöst. Die Vertreter dieser Industriezweige sind sofort nach dem Bekanntwerden der englischen Pläne bei dem französischen Handelsministerium mit ihren Protesten vorstellig geworden und fordern bei einer Bewirtlichung der geplanten englischen Zollmaßnahmen Repressalien der französischen Regierung. Welche verworrenen Ideen im übrigen in der englischen Öffentlichkeit infolge der Zuspitzung der Wirtschaftskrise verbreitet werden, zeigt ein Schreiben maßgeblicher Wirtschaftsführer, die sich von einem Boykott ausländischer Waren die allein wirksame Sparpolitik versprechen.

Schwere Folgen auch für Deutschland.

Die Zollpläne, die jetzt in England im Zusammenhang mit der Pfundkrise zur Besserung der englischen Zahlungsbilanz erwogen werden, würden für Deutschland ganz besonders schwerwiegende Folgen haben. Seit Jahren ist Großbritannien Deutschlands bester Kunde. So betrug in dem besten Exportjahre 1929 die deutsche Ausfuhr nach England 30 Milliarden Mark und im folgenden Jahre, also schon in einer Zeit der Weltkrise und des Preisabbaues noch 1,21 Milliarden Mark, während in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sich die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien auf 512 Millionen Mark belief. Insgesamt wird also auch für 1931 der deutsche Export nach England mehr als eine Milliarde Mark betragen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der wertmäßige Rückgang gegenüber den beiden letzten Jahren zur guten Hälfte durch den internationalen Preisabbau bedingt ist. Die Einfuhrung von Hochschulzöllen würde also Deutschland von allen Lieferantenländern nach England am allerhärtesten treffen.

Gewinnabfluß bei der Sella-Engler A.-G. Bis das Verlagsunternehmen Dr. Sella-Engler A.-G. meldet, konnte der Gesamtumsatz 1930/31 mit 7,73 gegen 8,57 Millionen einigermaßen gehalten werden. Auch der Umsatz der Tochtergesellschaften blieb mit 3,37 gegen 3,59 Millionen ziemlich stabil. Der Reingewinn in Höhe von rund 160 400 Mark wird diesmal nicht zur Ausschüttung an die Aktionäre vorgeschlagen, obwohl darauf eine Dividende von 10 Proz möglich wäre, sondern es wird der Generalversammlung im Hinblick auf die ungeklärte Geschäftslage die Entscheidung hierzu vorbehalten. Die Finanzverhältnisse sind nach wie vor flüchtig, da bei unveränderten Außenständen und Forderungen in Höhe von 2,14 Millionen die Schulden von 1,85 auf 1,71 Millionen gesenkt werden konnten. Im neuen Geschäftsjahre hat sich die Beschäftigung aus Industrieaufträgen gebessert.

Günstiger Abfluß bei Kabelwert Rheindt. Die Kabelwert Rheindt A.-G. in Rheindt hat im Geschäftsjahre 1930/31 noch verhältnismäßig günstig gearbeitet. Zwar ist der Reingewinn von 0,98 auf 0,68 Millionen Mark zurückgegangen, so daß auch die Dividende von 12 auf 8 Proz. ermäßigt werden mußte (Kapital 7,5 Millionen Mark), aber die Abschreibungen waren reichlich und die Bilanz ist wesentlich besser geworden. Der Betrag der flüssigen Mittel hat sich erhöht; so stiegen Kasse und Wechsel von 0,14 auf 0,32 Millionen Mark und Bankguthaben von 3,2 auf 3,5 Millionen Mark. Die Schulden sind mit 1,5 (1,7) Millionen Mark niedriger. Laut Geschäftsbericht ist der Umsatz mengenmäßig 10 Proz., wertmäßig 25 Proz. niedriger gewesen. Die Ausschüttung für das laufende Jahr seien ungewiß, da die Beschäftigung schwach geblieben sei.

Starke Ausfuhrsteigerung bei den Hirsch Kupfer- und Messingwerken. Der Produktionsstand bei den Hirsch Kupfer- und Messingwerken in Berlin-Eberswalde konnte in den ersten acht Monaten dieses Jahres bemerkenswerterweise mit 22 500 Tonnen gegen 21 800 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres noch erhöht werden. Der Anteil des Exportes am Gesamtumsatz liegt in dem gleichen Zeitabschnitt von 30,3 auf 41,3 Prozent. Wertmäßig ist der Umsatz infolge der starken Preisrückgänge auf den Weltmärkten von 32,9 auf 23,7 Millionen gesunken.

Programm der Bechenbesitzer.

Uebersunden, Lohndruck und verdreifachte „Verwaltungskosten“

Essen, 21. September. (Eigendericht.)

Die Schlichtungsverhandlungen über die Lohn- und Arbeitsaufträge im Ruhrbergbau am Montag in Essen wurden ergebnislos bis auf Dienstag vertagt.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, der katastrophale Rückgang des Beschäftigungsgrades im Bergbau sei nicht nur auf den wirtschaftlichen Niedergang, sondern vor allem auch auf die Entwicklung des Schichtförderanteils zurückzuführen, da sich die Leistung je Mann und Schicht seit 1927 allein um 30 Proz. erhöht habe. Da die Arbeitslosigkeit einen unerträglichen Grad erreicht habe und immer noch neue Entlassungen erfolgten, sei die weitere Beibehaltung der Mehrarbeit im Ruhrbergbau nicht mehr zu verantworten. Zur Beseitigung des unerträglichen Zustandes müsse deshalb die Arbeitszeit verkürzt werden mit dem Ziele, einen stabilen Beschäftigungsgrad und eine sozial gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums zu erreichen.

Die Bechenbesitzer lehnten die Beseitigung der Mehrarbeit grundsätzlich ab und forderten einen Lohnabbau von zwölf Prozent sowie eine Erweiterung der Randzweckentlastung. Die Ruhrzechen arbeiteten gegenwärtig nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einem Verlust von mehr als 2 Mrd. je abfahrbare Tonne. Da nach ihrer Meinung sonstige Ersparnisse nicht möglich seien, könne die notwendige Selbstkostenentlastung nur durch einen Lohnabbau herbeigeführt werden. Mit Rücksicht

auf die soziale Lage der Bergarbeiter hätten sie ihre Forderung auf 12 Proz. begrenzt.

Demgegenüber wiesen die Gewerkschaftsvertreter darauf hin, daß ihnen die Verlustrechnung des Reichswirtschaftsministeriums nicht zugewiesen worden sei und sie infolgedessen die Angaben nicht nachprüfen könnten. Von entscheidender Bedeutung in diesem Zusammenhang sei aber die Tatsache, daß seit Anfang vorigen Jahres der Anteil der Lohnkosten am Förderprodukt um etwa 20 Proz. zurückgegangen sei. Nicht vermindert hätten sich dagegen die Verwaltungskosten, die 1930 51 Pf., im April dieses Jahres aber 1,51 Mrd. je Tonne betragen hätten. Wenn also absolut Ersparnisse notwendig seien, könnten und müßten diese auf eine andere Weise als durch Lohnabbau erzielt werden. Auf keinen Fall dürfe man dem schwer arbeitenden Bergmann zumuten, daß er im Vergleich zu anderen Kategorien die längste Arbeitszeit und den geringsten Lohn habe. Ganz abgesehen davon zeigten auch sämtliche wirtschaftspolitischen Erfahrungen, daß ein weiterer Lohnabbau keine Minderung, sondern nur eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bedeutet.

Angeichts dieser gegensätzlichen Auffassungen war in den Parteiverhandlungen vor dem Schlichter eine Annäherung der Parteien nicht zu erzielen. Die Beratungen wurden nach zweistündiger Dauer abgebrochen. Es wurde eine kleine Kommission gebildet, die den ganzen Tag über verhandelte. Auch hier ließ sich eine Einigung nicht erzielen, so daß die Verhandlungen auf Dienstagmittag 12 Uhr vertagt wurden.

Arbeitsvermittlung für weibliches, gewerkschaftliches Personal durch den Genfer Verband in Berlin.

Die Entscheidung auf Arbeitszeitverkürzung betont, daß im Jahresdurchschnitt etwa 80 000 Arbeitnehmer im Gastwirtschaftsbereich erwerbslos sind. Eine Besserung der Lage selbst im Sommer nicht wesentlich günstigeren Arbeitsmarktlage sei nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, die

Einführung der Fünf-Tage-Woche

zu erwarten. Da auf dem Wege der Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen keine Vereinbarung möglich ist, fordert der Beirat des Zentralverbandes von der Reichsregierung eine Arbeitszeitverkürzung in Form einer Fünf-Tage-Woche auf dem Verordnungswege.

Der Verbandsbeirat protestiert ferner gegen die Sabotage des öffentlichen Arbeitsnachweises durch die angeblich „nicht gewerkschaftliche“ Stellenvermittlung des Genfer Verbandes und verlangt sofortige Maßnahmen zur Beseitigung dieses geschwätigen Stellenvermittlungsbetriebes.

Um die Verbandsfinanzen gesund zu erhalten und die Leistungen des Verbandes für die Mitglieder sicherzustellen, hat der Verbandsbeirat die Gehälter aller Verbandsangestellten wie auch die Speise ab 1. Oktober um 10 Proz. herabgesetzt, die Gehälter bis einschließlich 200 Mark um 5 Proz.

Als Ratmaßnahme vom 1. Oktober 1931 bis 30. September 1932 wird unter Aufrechterhaltung der bisherigen Bezugsdauer der tägliche Unterstützungssatz der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Höhe des einmonatlichen Betrages des wöchentlichen Beitrages auf den einfachen Wochenbeitrag herabgesetzt. Alle übrigen Unterstützungen bleiben unberührt.

Außerdem wurde beschlossen, die notwendige Umstellung der Kassen- und Buchführung der Zweigvereine dem Vorschlag der Hauptverwaltung entsprechend am 1. Januar 1932 durchzuführen. Zur Unterstützung und Förderung der Jugendgruppe des Verbandes wird eine Beitragsmarke im Werte von 20 Pfennig für einen freiwilligen Jugendbeitrag herausgegeben.

RBD. will BVG. reformieren.

Sie kann aber noch nicht das Einmaleins.

Die RBD. bemüht sich neuerdings wieder einmal, die Berliner Verkehrs-Gesellschaft „sturmreif“ zu machen. Um sich bei den Verkehrsarbeitern besser anbieten zu können, hat man ein sogenanntes „Kampffprogramm“ aufgestellt. In verwirrender Fülle wird von der Abhebung der Direktoren herunter bis zur Anbringung von Scheibenwischern alles mögliche gefordert. Bei Pichte besehen erweisen sich diese Forderungen der RBD. jedoch als grober Unfug.

So sollen zum Beispiel die Beiträge zur Ruhegehaltskasse in Zukunft von der Direktion bezahlt werden. Das macht pro Mann der Belegschaft im Monat 7 Mark, im Jahr also 84 Mark. Diese Zahl

mit der Belegschaftsziffer von 22 000 multipliziert, ergibt 1 848 000 Mark.

Auch die ersten drei Krankheitsstage soll in Zukunft die Direktion bezahlen. Das macht eine Summe von 400 000 Mark. Weiter soll an jeden Schaffner für die monatlich stattfindende Fahrscheineabrechnung ein Stundenlohn mit 25 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Bei 7000 Straßenbahn- und 2000 Omnibusschaffnern und unter Zugrundelegung eines erhöhten Stundenlohnes von 1,38 Mark macht das pro Jahr 149 040 Mark aus.

Dann sollen die Nachtarbeiter in jeder Woche einen turnusfreien Tag erhalten. Bei 25 Betriebsbahnhöfen wären also 75 Mann erforderlich, also 225 000 Mark jährlich.

Dann heißt es in dem bunten Strauß von Forderungen: Alle Arbeiter haben einen Anspruch auf einen jährlichen Mindesturlaub von 24 Tagen. Zieht man den Durchschnitt, dann ergibt sich gegenwärtig im Mittel ein Urlaub von 10 Arbeitstagen. Die RBD. fordert weitere 14 Tage. Unter Zugrundelegung eines Tagelohnes von 9 Mark wären das

für 22 000 Betriebsangehörige 2 772 000 Mark.

Wenn aber weiter gefordert wird, daß der Urlaub in der Zeit vom April bis Oktober liegen soll, dann müßten jedesmal im Frühjahr 4000 Mann neu eingestellt werden, die im Herbst wieder auf die Straße fliegen würden. Was aber auch noch Schwierigkeiten hätte, weil die Neuzugestellten erst angelehrt werden müßten.

Wehnlich sieht es mit der Forderung aus, alle Arbeiter der BVG. in eigener Regie auszuführen. Die Belegschaften der Firmen Butt u. Co., Elektrohermit usw. müßten also kurzerhand entlassen werden.

Von Solidarität keine Spur.

In den Heimstätten-Gesellschaften sollen die Mieten um 25 Proz. gesenkt werden. Das fordert sich sehr leicht. Heute zahlt aber die Direktion für die Wohnungen schon einen jährlichen Zuschuß von 121 000 Mark. Die geforderte Mietensenkung würde eine Erhöhung des Zuschusses um 500 000 Mark erforderlich machen. Weiter: Restlose Einführung von Scheibenwischern bei den Omnibussen und bei der Straßenbahn! Ja! ... wenn es nur einen brauchbaren Scheibenwischer gäbe. Wenn die RBD. einen fände, könnte man ihn anbringen; obwohl die Sache immerhin 200 000 Mark kostet. Es sollen noch

für das Personal im Oberflächenverkehr Außenhallenräume

geschaffen werden. Abgesehen davon, daß die BVG. ohne die Zustimmung der Polizei und der Stadt Berlin gar nicht berechtigt ist, solche Hallen zu errichten, würde die Durchführung dieser Forderung immerhin eine Million kosten. Schließlich soll das gesamte technische Personal mit Arbeitskleidung versorgt werden. Das sind 8000 Mann, die dann pro Jahr zwei blaue Anzüge zu 9 Mark erhalten würden. Macht auch nochmals 144 000 Mark.

Zieht man nun diese Summen alle zusammen, dann ergibt sich ein Gesamtbeitrag von 7 238 040 Mark,

wovon rund 6 200 000 ständige Mehrausgaben sind. Das ist um die Hälfte mehr als die ganze Tilgungssumme des Anlagekapitals der BVG. beträgt. Ueber die gegenwärtige finanzielle Situation der Berliner Verkehrs-Gesellschaft braucht weiter kein Wort verloren zu werden.

Allerdings hat die RBD. einen Deckungsvorschlag: Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und leitenden Angestellten auf 500 Mrk. im Monat. Hierfür in Frage kämen 400 Mann. Die Ersparnis würde noch nicht eine Million Mark betragen. Das gesamte Jahreslohnto des BVG. aber beträgt 65 Millionen Mark.

Also 65 : 1, so sollen die Löhne der Arbeiter „gesichert“ werden.

Von anderen, ganz blödsinnigen Forderungen wollen wir gar nicht reden. Z. B. Nacharbeiten sollen nach der RBD. in Wechselrhythmen ausgeführt werden. Das heißt, daß nun auch die Schwerkräftigen nachts arbeiten müßten, was aber erfreulicherweise gesetzlich verboten ist.

Die Heiden der RBD. wollten einmal zeigen, daß auch sie zu reformieren verstanden. Sie haben aber nur gezeigt, daß sie noch nicht einmal das Einmaleins können.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongreß.

Hueber tritt zurück.

Wien, 21. September. (Eigenbericht.)

Am Montag wurde im großen Saal des Ottakringer Arbeiterheims der 11. Kongreß der freien Gewerkschaften Oesterreichs durch Nationalrat Janeczek eröffnet. Er wies darauf hin, daß einen Tag nach dem Heimwehrputsch von den Pariser Banken der Schilling nicht angenommen wurde. Trotzdem müsse man erleben, daß die Putschisten in Oesterreich wieder frech werden. Den Arbeitern im alpinen Gebiet dankte der Redner für ihren Mut, mit dem sie zur Gewerkschaft stehen. Janeczek verlas dann ein Schreiben des Obmanns des Gewerkschaftsbundes Hueber, in dem dieser seinen Entschluß mitteilt, mit Rücksicht auf sein hohes Alter von seinem Amt Abschied zu nehmen.

Bürgermeister Selb, der die Grüße des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs übermittelte, erklärte, Gewerkschaften und Partei würden gemeinsam gegen alle Anschläge auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu kämpfen wissen. Die Grüße der Gewerkschaftsinternationale überbrachte Schevenels. Im Namen der freien Gewerkschaften Deutschlands betonte Hermann Müller-Vichtenberg, daß, wenn der österreichische Putsch geklärt wäre, das ein Signal für die Reaktion aller Länder bedeuten hätte. Die österreichischen Arbeiter seien das Bollwerk gewesen, an dem der Putsch zerplatzt sei.

Gegen Hunger und Kälte.

Die Verbilligungssaktion für die Erwerbslosen.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, rechnet man in maßgebenden Kreisen damit, daß die Verhandlungen der Reichsarbeits-, und Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsministerien mit den beteiligten Wirtschaftsvertretungen auf Verbilligung der Lebenshaltungskosten für die Er-

werbslosen mit dem Ende der laufenden Woche zu einem befriedigenden Abschluß gelangen werden. Nach den Verhandlungen mit Bäckern und Fleischern, die besonders wegen der letzteren Gewerbegruppe noch nicht ganz abgeschlossen sind, stehen für diese Woche vor allem Besprechungen mit dem Reichsverband der deutschen Industrie bevor. Es wird daran die Frage erörtert, wie man durch eine Verbilligung der Rohstoffe, namentlich der Kohle, den Gewerbetreibenden eine Preissenkung zugunsten der Erwerbslosen leichter machen könne. Weiter sind Verhandlungen angehängt mit dem Mühlen- und Getreide- und den Vertretern der Landwirtschaft. Da der Handel weitgehende Mitwirkung zugesagt hat, ist anzunehmen, daß in absehbarer Zeit die Erwerbslosen, die sich als solche ausweisen können, in den Genuß ihrer verbilligten Lebenshaltung mindestens für den bevorstehenden Winter gelangen. Die entsprechenden Anweisungen der Reichsregierung dürften außerhalb des in den Vorderhandlungen noch nicht abgeschlossenen großen Wirtschaftsprogramms ergehen.

Somit scheint man von den phantastischen Plänen einer Naturalverpflegung und der Naturalsteuerzahlung durch Landwirte sich wieder auf den nüchternen Boden der Wirklichkeit zurückgefunden zu haben. Wie wollen nur hoffen, daß wenigstens hierbei ein praktisches Ergebnis herauskommt.

Beschlüsse der Gastwirtsgehilfen.

Tagung des Verbandsbeirats in Berlin.

Am 15. und 16. September tagte in Berlin der Beirat des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Im Vordergrund der Beratungen standen die Frage der Arbeitszeitverkürzung, Sparmaßnahmen zur Sicherung der Verbandsleistungen an die Mitglieder und die höchst sonderbare Haltung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegenüber der geschwätigen Ausübung der

Berliner Gewerkschaftsschule.

Das Winterprogramm.

Nachstehend veröffentlichen wir die neuen Unterrichtskurse der Berliner Gewerkschaftsschule:

1. Die Aufgaben der Betriebsrat und der Gewerkschaftsfunktionäre vom Betrieb und von der Wirtschaft aus. Lehrer: Richard Schulze. Beginn: Donnerstag, den 15. Oktober, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

2. Allgemeine Einführung in die Grundfragen des Rechtslebens. Lehrer: Dr. Ernst Leismann und Dr. Gumbert. Beginn: Montag, den 12. Oktober, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

3. Einführung in die wirtschaftspolitische Grund- und Gegenwartsfragen. Lehrer: Wido Rodbus. Beginn: Montag, den 12. Oktober, 19 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14-15.

4. Berufsschulung und Lebensgestaltung der arbeitenden Frau. Lehrerin: Margarete Hartig. Beginn: Donnerstag, den 15. Oktober, 19.30 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

5. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Anfänger. Lehrer: Dr. Kretschig unter Mitarbeit von Dr. Sudr. Beginn: Dienstag, den 13. Oktober, 19 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14-15.

6. Einführung in die Wirtschaft des Sozialismus. Lehrer: Dr. Ernst Rölling, Direktor der Staatlichen Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung. Beginn: Mittwoch, 14. Oktober, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

7. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene. Lehrer: Dipl.-Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Dülsner. Beginn: Dienstag, den 13. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinderverbandes, Engelauer 24-25, Aufgang C, 3 Tr.

8. Betriebswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Anfänger. Lehrer: Fritz Friedl. Beginn: Dienstag, den 13. Oktober, 19 Uhr, im Unterrichtsraum der Gewerkschaftsschule, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Tr.

9. Betriebswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene. Lehrer: Direktor Paul Kossel. Beginn: Freitag, den 16. Oktober, 19 Uhr, im Unterrichtsraum der Gewerkschaftsschule, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Tr.

10. Arbeitsrechtliche Arbeitsgruppe für Anfänger. Lehrer: Ministerialrat Joachim. Beginn: Freitag, den 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinderverbandes, Engelauer 24-25, Aufgang C, 3 Tr.

11. Arbeitsrechtliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene, Übungen unter besonderer Berücksichtigung des Lehrlingsrechts und der Arbeitslosenversicherung. Lehrer: Dr. Ernst Praetzel und Barta. Beginn: Montag, den 12. Oktober, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

12. Arbeitsgruppe für Wirtschaftsrecht. Lehrer: Dr. Franz Reumann. Beginn: Montag, den 12. Oktober, 19 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14-15.

13. Die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung. Lehrer: Hermann Schlimme. Beginn: Donnerstag, den 15. Oktober, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

14. Die Gewerkschaften in anderen Ländern. Lehrer: Baltin Hartig. Beginn: Donnerstag, 15. Oktober, 19 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14-15.

15. Sozialpolitische Arbeitsgruppe für Anfänger. Lehrer: Otto Bach. Beginn: Dienstag, 13. Oktober, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28.

16. Anfängerkursus für Sozial- und Gewerkschaftslehre. Lehrer: Dr. med. Robert Marx. Beginn: Donnerstag, den 15. Oktober, 19 Uhr, im Seminarlokal des Hygienischen Instituts, Dorotbeckenstr. 28a.

17. Nationalökonomisches Seminar. Volkswirtschaftliche Aussprachen und Übungen, insbesondere über das Lohnproblem. Leitung: Max Postlitz. Beginn: Donnerstag, den 15. Oktober, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Tr. rechts, Unterrichtsraum der Gewerkschaftsschule.

18. Essentielle Wirtschaft und Sozialisierung. Leiter: Dr. Walter Bachl. Beginn: Montag, den 12. Oktober, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Tr., Unterrichtsraum der Gewerkschaftsschule.

19. Sonderkurse für Jugendfunktionäre der FGG. und FVJ-Jugend. Gegenwartsprobleme und Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Beginn: Sonnabend, den 17. Oktober, 19 Uhr. Referenten: Walter Eschbach, Walter Wastke, Hermann Raab, Erich Fickert.

Hörrergebühr für jeden Kursus für je 10 Abende 2 Mrk. Arbeitslose sind vom Beitrag befreit. Anmeldungen bei Beginn der Kurse oder in den Lehrberatungsprechstunden. Montag und Freitag von 16 bis 19 Uhr, oder schriftlich an die Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, Zimmer 25.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr tagen die Gruppen: Adlershof: Gruppenheim Adlershof, Baumstr. 1. Rutzferfer. — Schöneberg: Gruppenheim Nierenstraße, Berlin, Str. 21. Wäldchenstr. im Keller. — Jugendprogramm des FGG. — Prenzlauer: Gruppenheim Riffingstr. 48, Zimmer 5. Die Wäldchen haben das Wort. — Gewerkschaftshaus: Engelauer 24-25, Saal 1. A.B.D. und FGG. — Wedding: Gruppenheim Wäldchenstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. Wiederholungsabend. — Reinickendorf: Gruppenheim Gumbertstr. 41. Die Gewerkschaften in Preußen. — Frankfurter Allee: Eiserl. Gruppenheim Eisener Str. 18. Diskussion: „Wie und die Kirche“. — Wilmersdorf: Gruppenheim Dörfelstr. 22. „Wie kann ich den Gemeinschaftsgeist der Gruppe pflegen?“. — Ostend: Gruppenheim Raribachstr. 44 (Hautschule), schon ab 19 Uhr. Hofmann schließt. — Kreuzberg: Schule Wäldchenstr. 5, 2. Hof, Zimmer 5. Jugendtag. — Wie gestalten den Abend aus. — Steglitz: Gruppenheim Flemingstr. 14b. Bilder aus dem Leben der FGG. — Kreuzberg: Gruppenheim Christenburger Str. 14. FGG. und FVJ. — Jugendgruppe des Zentralverbandes der Schaffner: Gruppenheim des Ostens, Große Frankfurter Straße 16: „Was und Wäldchen“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Wilmersdorf: Gruppenheim Gumbertstr. 41. Vorkurs: „Ein Tag auf dem Arbeitsfeld“. Leiter: Heilmann. — Kreuzberg: Gruppenheim Eiserl. Str. 18-19. Betriebslehre. — Der Abend und Besprechung des 20. Ubr. in der Turnhalle Baruther Str. 35. — Vortag: Am Sonntag, 27. September, beteiligen sich alle Jugendgruppen an der Besichtigung in Berlin. — Wäldchen: heute für die Volkshausveranstaltung für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.

W. A. Persich: Dörte im Tingeltangel

„Marseille ist eine schlimme Stadt, selbst für unsereins“, erzählte mir Kapitän Hundertmark in einer seiner guten Stunden, in denen zuweilen er sogar Landratten für erträgliche Kumpone hält.

„Und wo wie nun mal wieder in St. Pauli sitzen, mitten im Betrieb, muß ich an das schmuggel-bunte Leben da unten denken und daran, wie ich Dörte kennenlernte. Oder habe ich Ihnen die Sache schon mal erzählt? Nein?“

„Also passen Sie auf — es ist wohl allmählich so'n Stücker zwanzig Jahre her — Deibel auch, geht die Zeit! — Ich war grad Leichtmatrose geworden, 'n richtiger Janmaat, der kein Geld auf der Nacht haben konnte, ohne das Faden in den Fingern zu kriegen. Wir liegen da unten unter einer Sonne, wie Ihr sie nie gesehen habt, und dösen durch die Lagen. Eine Fracht soll kommen und kommt nicht.“

Gegen achtzehn Glas hummel ich mal durch das Viertel hinter den Kais. Wilkins, der mir 'n paar Jahre voraus war, hatte mir erzählt, in Marseille gäbe es ein Tingeltangel, „El Garon“, da würde was an den Tag gegeben. Ich finde das Dings denn auch und komme grad in den Laden reingefahren, als 'n kleines Mädel tanzt, sein und schlank und blond, wie man es da unten eigentlich nicht findet. Scheint denn auch Clou vons Ganze zu sein, die Deern — ein Prachtexemplar. 'n hübschen was versteht unsereins ja schließlich davon. Was soll ich sie weiter beschreiben, sie ist direkt zum Berücktwerden, alle Kerls jucken sich die Augen, aber das Mädchen verschwindet hinten in einer Art Garderobe.

So'n Bengel wie ich es war, hat seine hundert Schilling zu verlieren, wenn's hoch kommt — und vor nichts hat der Sailor weniger Respekt als vor Bargeld!

Ich warte 'ne Weile, höre und sehe nichts von dem Mädel, stehe auf und linke mal hinter den Vorhang, wo sie verschwunden ist. Da ist eine dünne Tür, wacklig und schief, das Licht scheidet an den Ranten durch und mit dem Licht eine gräßliche französische Stimme:

„Was,“ sagt ein Kerl drinnen, „das ganze Etablissement ist voller Gentlemen, sogar Engländer und Deutsche sind da, und du willst dich wieder mal nicht blicken lassen? Das wäre noch schöner — der Betrag ist unterschrieben, mein Herzblatt, da is nix dran zu klingeln! Ehe ich es mit was anderem versuche, werde ich dir mal selbst Erziehung beibringen. . .“, worauf irgend etwas an die Tür poltert, ein kleiner Spalt sich öffnet und ich sehe, wie der Wirt das Mädel gerade an den Schultern packt. Heil Seemann ist nu mal Kavaller, wenn's gilt, ein paar sachlich brauchbare Häufe zu zeigen — davon habe ich nie eine Ausnahme gemacht und mache sie auch heute nicht. Also — ran!

Bei meinem Dazwischentreten muß dem Anceiponontel zumute sein wie dem Deckungsorn vom Klabautermann, an den wir alle nicht glauben wollen — aber dann ist er mit einem Male da. Der Kerl zieht sich in den hintersten Winkel des Stalls zurück, den er Künstlergarderobe nennt und zittert ein bißchen — zu sehr Franzose, um nicht sofort mit grenzenloser Hilfslosigkeit eine Verbeugung zu machen und zu sagen:

„O, pardon, Monsieur, ich mußte nicht, daß Sie mit Mademoiselle verabredet waren. Ich gehe schon. Pardon, Monsieur, boa soir, Mademoiselle.“

Die Kleine — erst jetzt sehe ich ihre dünnen Schultern, ihr überschmales Gesicht unter schwerem Haar und helle, große, schöne Augen. Sie vorhin das Scheinwerferlicht korrigierte — weiß nichts Rechtes mit mir anzufangen. Ich habe auch nicht eben die beste Schule im Umgang mit Damen hinter mir.

„ne Tänzerin war damals 'ne Dame für mich, mein Lieber, und auch heute möchte ich behaupten . . .“, widerstandlos sah ich drohend an, als erwarte er von einer so morbiden Landratte aufs Bestimmteste eine unpassende Bemerkung. Da ich nicht und ihn zulächelte, fuhr er, weniger heftig, fort:

„Na ja, das ist nun mal meine Meinung!“

Da sehe ich also, wie ein echter Janmaat steht, wenn er zum erstenmal im Leben die schlanken Hände so 'ner Frauensperson sieht, die mit Wuder und Lippenstift umgeben ist unserins mit Karte und Kompaß. Schließlich kommt bei ihr so was wie ein Lächeln zustande und sie sagt mit sehr müder Bewegung:

„Ich danke Ihnen, Monsieur — gehen wir nun hinaus, nicht wahr, das wollten Sie doch?“

Ihre Augen sind dabei merkwürdig. Ich sehe sie heute noch vor mir und weiß in diesem Moment, wie es mir durch die Seele ging. Mit Dummerjungengalanterie mache ich meinen Arm trumm, sie legt einfach ihre kleine Hand hinein — und dann gucken alle im räumlichen Saal uns wütend und neidisch an. Wir setzen uns zusammen an einen Tisch und der Wirt selber bringt neuen Wein. Soweit alles ganz schön und gut denken Sie, nu' aber endlich los mit dem Abenteuer, mit Wurd und Todschlag oder mit einer eins A sentimental Liebesgeschichte. Mensch, haben Sie eine Ahnung von der Tüffeligkeit eines Janmaaten. Er möchte wohl so mit tausend auf ein Ziel los, parlez vous francais, „speak you english — und er erzählt an Bord die tollsten Dinge, was für'n Held er ist. Aber in Wahrheit möchte er am liebsten beidrehen und direkt an der Unterwinde die But über seine eigene Dummheit auslassen.

Die Kleine gibt sich alle Mühe, mich mit lustigen Dingen zu unterhalten — mit einem Gesicht, das sich müht, einer Pflicht nachzukommen, und da wir immer noch nicht den richtigen Kurs zueinander finden, meint sie plötzlich, nach einem Lachen über irgend etwas Wernes hinten im Raum:

„Sie hatten doch die Absicht, mich nach Hause zu bringen?“ Den Versuch meiner Abwehr ignoriert sie einfach, erklärt sehr bestimmt:

„Zahlen Sie! Wir werden gehen. Ich will Sie um nichts betrügen. Kommen Sie gleich nach. Vor dem Eingang warie ich — ich hole nur den Kasten aus der Garderobe.“

Wirklich, als ich auf die Straße trete, steht sie, weiß im Laternenlicht und ganz in einen Schal gewickelt, da und geht dann schweigend, schnell und zielbewußt neben mir her.

Wir marschieren durch ein paar gewundene Straßen, das Trippeln ihrer Stöckelschuhe pikt dünn durch den Aufschlag meiner Knien auf dem runden Pflaster, hinten blickt Lichter des Hafens, Schiffslieber ragen schwer durch plötzliche Ausblicke zwischen baufälligen Häusern oder Schuppen, und wenn man stehen bleibt und den Atem anhält, kann man das Wasser an die Dalben schlagen hören.

Wir kommen in eine trumme Straße — ich sehe sie noch vor mir, Hüften spiegeln die einzige Laterne mit ihrem langen Schatten, und die war schief.

Das Mädel schließt hastig eine kleine Haustür auf, leuchtet mit einem im Lutzig immer wieder verlockenden Streichholz auf die Stiegen. Meine geflüsterten Einwürfe bekommen nur ein „Schit“, dann klappert eine leichte Kette gegen Holz, Wohnungsgeruch schlägt uns entgegen, noch eine Tür, ein Zimmer, eine Lampe und da sehe ich schon auf einem roten Plüschsofa, wie zu Hause.

Wir ist etwas aufgefallen: eben brennt Licht im Zimmer, kehrt sie blitzschnell ein Photo an der Wand um und so hängt es nun, das braune Papier nach vorn.

Mein Kopf brennt ganz gehörig. Ich bitte sie um Kaffee. Sie geht hinaus, wohl in die Küche — natürlich stehe ich auf und drehe das Bild wieder herum. Ein Seemann, Rollmotor, mit der Mühe

eines holländischen Dampfers, ist darauf, ein klarer, gerader Kerl, was sein Gesicht andeutet — und sonst eben ein Janmaat, wie ich.

Sie kommt, in der Hand ein Tablett, darauf eine Kanne, Löffel, Milch, Zucker und stellt es ab. Erst nachdem auch sie sich gesetzt hat, merkt sie die Sache mit der Photographie und da halte ich sie einfach fest. Immer noch ist der schwere und müde Ausdruck auf ihrem Gesicht.

Ich will mehr wissen über den Janmaat da drüben, meinen Kameraden aus großer Fahrt; da wird sie ganz still. Ich trinke meinen Kaffee, lasse sie in Frieden, denn diese Stimmungen kenne ich einigermassen — richtig, bald fängt sie von allein an:

„Sie sind hier,“ sagte sie, „und ich will ja tun, was Sie wollen, ich bin ja dazu da. Das hat der Wirt ja auch heute wieder gesagt, und weil es immer noch nichts nützte, wollte er mich schlagen. Das haben Sie verhindert, deshalb will ich dankbar sein.“

„So,“ erkläre ich nun, „was du da denkst, kleine Tänzerin, ist ganz falsch. Ich wollte gar nicht hierher. Du hast einfach gesagt, ich soll mitkommen. Und manchmal bin ich eben 'n hübschen auf den Mund gefallen. Danke schön für den Kaffee — und denn kann ich ja wieder gehen!“ Das sage ich und nehme meine Mütze vom Haken. Was tut sie? Steht mit einem Ruck auf und fragt:

„Ist das die Wahrheit? Ja,“ sagt sie selber weiter, „das ist wohl die Wahrheit, Sie sind ja gekommen, als er mich schlagen wollte, und Sie kammern mich nicht.“ Dabei streicht sie meine Hand, nimmt mir die Mütze fort, macht wieder mit ihrem hübschen geistigen Mund „Schit“ und schiebt leise einen Vorhang zu einem anderen Zimmer beiseite. Mit ihren beiden Händen trägt sie die Lampe, die da hinein leuchtet. Das Licht fällt auf ein großes Bett und daneben auf eine bunte Wiege, ein Herz ist darauf gemalt, ein paar Blumen, ein Dampfboot und in holländischen Worten: „Seelen ist Rot.“

Ich sehe einen blonden Schopf, zwei kleine Hände, die sich an ein rotes Gesicht pressen, auf und ab geht ein Atem.

„Wie alt ist er?“ frage ich.

„Morgen drei Jahre. Es ist ein Mädel. Sie heißt Dörte.“

„Dörte,“ das spricht sie mit ihrem spitzen Französisch so lustig

aus, daß ich lachen muß, werde aber gleich wieder ernst und zeige auf das Bild:

„Ihr Vater?“

„Ja,“ antwortete sie, „nächstes Jahr macht er sein Examen. Dann muß ich nicht mehr arbeiten. Die Bootsmannsheuer wird schon für uns drei reichen. Wenn er mal Steuermann ist, vier, fünf Jahre noch, dann fängt das Leben erst richtig an.“

„Warum, zum Teufel, bist du denn Tänzerin?“ frage ich sie.

„Ich habe nichts anderes gelernt. Zum Nähen sind meine Augen zu schlecht — mein Vater war blind, müssen Sie wissen, schon als ich geboren wurde. Die Augen von meiner Mutter allein haben wohl nicht für mich gelangt. Er — sie zeigt auf das Bild — lernte mich in Le Havre kennen, da tanzte ich in Schenken, Vater spielte dazu. Der Alte ist gestorben, allein konnte ich mich in den Kassen nicht durchschlagen. So habe ich dies angefangen; nachdem das Kind zur Welt kam und er mir den Ring gab.“

„Marseille ist eine schlimme Stadt für eine Tänzerin,“ wiederholte Kapitän Hundertmark nach einer kleinen Pause, „besonders wenn sie hübsch und jung ist.“

„Was ist denn aus ihr geworden?“ fragte ich schließlich.

„Ja,“ er rührte lange den Zucker in seinem Grog, „das ist eigentlich eine andere Geschichte. Schließlich kann ich es Ihnen ja ruhig sagen: er ist heut Kapitän auf einem deutschen Küstenfahrer. Sein Haus steht unten in Blankenese, dicht am Strand. Es hat ein Strohdach und grüne Fensterläden. Sie kennen es auch. Die beiden haben noch einen Sohn gekriegt, der musterte gestern bei mir für seine erste Fahrt an.“

„Und Dörte?“

„Dörte,“ sagte er nachdenklich und schweig dann, blinzelte in das Scheinwerferlicht.

Ein Mädel mit einem Tarlatanrock und sehr großen hellen Augen trat eben auf die kleine, pappig bemalte Bühne, und der langhaarige Klavierspieler schien sein Instrument mit Fingern zu bearbeiten, „Dörte — steht da oben. Deshalb bin ich ja heute in dieses Tingeltangel mit Ihnen gegangen. Wir müssen sehen, was sich retten läßt, der alte Wandtrieb ist wohl durchgeschlagen oder das Blut, das die Mutter mit dem blinden Vater durch die Kneipen von Le Havre trieb. Dörte ist vor einem Monat weggelaufen und Tänzerin geworden — sehen Sie nur hin, das Mädel kann was. — Ob wir beide, wenn wir ihr die Geschichte erzählen, sie wieder nach Hause bringen können?“

W. Heydrich: Haithabu, ein deutsches Pompeji

Vor etwa 1000 Jahren, als Normannen und Wikinger mit ihren primitiven Langbooten die Küsten Europas umsegelten und nordwestwärts über Island und Grönland bis nach Nordamerika vordrangen, gab es in der deutschen Nordmark, dem heutigen Schleswig-Holstein, eine Art Handelszentrale, die den Warenverkehr zwischen den skandinavisch-baltischen Ländern und dem Süden Europas vermittelte und deren Verbindungen sich wahrscheinlich sogar bis nach Nordafrika und Westasien erstreckten. Dieser Platz — Haithabu mit Namen — lag am südlichen Ufer der Schlei, gegenüber der heutigen Stadt Schleswig, an jener alten, teilweise künstlichen Wasserstraße, die von der Ostsee durch die Schlei über einen Kanal zur Treene und weiter durch die Elbe zur Nordsee führte. Also ein Vorläufer des modernen Nordostseekanals.

Dieses Haithabu, einstmalig eine reiche und mächtige Stadt mit einer für jene Zeiten gewaltigen Einwohnerzahl von 4—5000 Menschen, war fast 900 Jahre lang von Erbdothen verschwunden und damit aus dem Gedächtnis der Welt ausgelöscht. Auf dem ehemaligen Stadtgebiet lag der Bauer seinen Pflug säen und und erntete sein Getreide und weidete seine Rinderherden. Der Berg, auf dem einst ein starkes Kastell gestanden, bedeckte sich mit Wald. Nur noch zwei Namen erinnerten an die vergessene und verschwundene Stadt — „Oldenburg“ — „Alte Burg“ — und die Dorfbezeichnung Habbeby, die aus „Haithabu“ entstanden ist.

Allerdings, am Westufer des sogenannten „Habdebyer Meeres“ (oder „Selle Roor“), einem Zipfel der Schlei, umzog eine gewaltige Erdchanze im weiten Halbkreis ein flaches Wiesenareal von etwa 62 Hektar Ausdehnung. Dieser 10—12 Meter hohe Wall war an drei Stellen von „Toren“ durchbrochen, und ab und zu förderte der ackernde Landmann merkwürdige Dinge aus dem Boden zu Tage, bemalte Toppfeifen, Urnen, bronzene Geräte, eiserne Waffen, Beile, Messer, Werkzeuge und anderes. Aber die Erinnerung an das alte Haithabu war so gründlich ausgelöscht, daß selbst der ursprüngliche Name verschollen geblieben wäre, wenn er sich nicht auf einigen zufällig entdeckten Runensteinen wiedergefunden hätte. Die entzifferten Inschriften auf zweien derselben lauten: „König Ewen setzte diesen Stein über Startha, seinen Waffengefährten, der westwärts gefahren war, aber vor Haithabu fiel“. Und die andere: „Thurf aufstellte diesen Stein, der Basall Ewen, über Erif, seinen Heimdegen, der fiel, da Helden belagerten Haithabu. Er war aber ein Steuermann und guter Held“. Das war die erste Kunde vom alten Haithabu.

Aber erst 1908, als man auf der Habdebyer Tsur jenes berühmte 20 Meter lange Wikingerboot ausgrub, das sich heute im Schleswiger Museum befindet, und unter dem Boot ein großes holzgeschnitztes Kammergrab freilegte, in dem sich Knochen, Waffen, Pferdegeschirr und der Schmutz eines germanischen Edelings fanden, wurde man auf den Platz näher aufmerksam. Dennoch dauerte es noch etwa 15 Jahre, ehe man ernsthaft an eine Durchforschung des Geländes gehen konnte und in etwa 2—3 Meter Tiefe unter der Oberfläche, unter Humus und Sandschichten, ganz erstaunliche Dinge aufdeckte.

Nach eingehenden Quellenforschungen wissen wir heute wieder von dem alten Haithabu, daß es etwa um 600 n. Chr. von schwedischen Seefahrern und Händlern gegründet worden ist. Seine Mutterstadt war das schwedische Birka am Mälarsee. In blutigen Kämpfen mußte es gegen die Dänen verteidigt werden, denn ein alter Bericht verkündet, daß die Königin Asfried bei Haithabu ihren Gatten Knuda und ihren Sohn Sigtrugg verloren habe. Allen Widerständen und Angriffen zum Trotz aber gedieh Haithabu zu einer machtvollen nordischen Handelsempor, die während der zwei Jahrhunderte von 850 bis 1050 ihre Blanzzeit erlebte. Die Leute von Haithabu, Händler, Handwerker, Krieger und Seefahrer, erbauten den oben erwähnten Kanal von der Schlei zur Treene, der die gesicherte Durchfahrt zur Nordsee ermöglichte. Leute aus Haithabu schifften auf ihren gebrechlichen Langbooten die Elbe, Weser, und den Rhein hinauf und dehnten ihre Fahrten um Europa herum bis nach dem Mittelmeere, nach Byzanz und Tropejunt aus, so daß sogar ein persischer Chronist jener Zeit von der „großen Stadt am nördlichen Ocean“ berichtete, von der man Bernstein, Mühlsteine, Eisen, Pelze und andere kostbare Dinge bezog.

Haithabu war zu jener Zeit tatsächlich der einzige große Umschlagplatz für jene Waren im deutschen Norden. Von Schweden, Finnland und den baltischen Küsten strömten die eigentümlichen Landesprodukte hier zusammen, wurden in Haithabu aufgepackt und nach Bedarf weiter verschifft. Es muß sich also um eine verhältnismäßig große und befestigte Siedlung gehandelt haben, wie sie zu jenen Zeiten in diesen Breiten noch selten war. Und angezogen von diesen historischen Feststellungen und den zahlreichen Be-

legenheitsfunden bei Habdeby begann die systematische Ausgrabung, deren bisherige Ergebnisse bereits weit über unsere Grenzen hinaus Aufsehen erregt haben.

Ganz einfach war diese Arbeit allerdings auch jetzt noch nicht. Das Gelände von Haithabu befindet sich in bäuerlichem Besitz, und da der Staat für einen Ankauf bisher noch keine Mittel flüssig gemacht hat, so waren Ausgrabungen nur im Herbst und Winter möglich, wenn das Land brach lag.

Was haben nun die Ausgrabungen in Haithabu bisher wesentliches zutage gefördert? Vor allem zum ersten Male einen vollständigen Grundriß einer wikingendeutschen Stadtanlage, von einer Genauigkeit und Uebersichtlichkeit, wie er bisher noch nicht gefunden worden ist. Er ist in kurzen Zügen zu kennzeichnen. Haithabu wurde von Norden nach Süden durch eine Hauptstraße und von Osten nach Westen durch einen Kanal in vier etwa gleich große Stadtbezirke eingeteilt, deren besondere Bestimmung klar zutage liegt: Ein Wohnviertel, ein Handwerkerortel, ein Speicherortel und ein Gräberfeld; auf welchem die Gräber in mehreren Schichten übereinander liegen. Von den Gebäuden sind selbstverständlich nur spärliche Grundreste vorhanden, die jedoch über ihren Zweck klaren Aufschluß geben. Im Wohnviertel findet man die verschiedenartigsten Gebrauchsgegenstände, wie sie in jedem Haushalt vorhanden waren. Im Handwerkerortel liegen gleichartige Dinge in größeren Mengen beisammen, dazu die Werkzeuge, die zu ihrer Anfertigung dienen: Webwirtel, Schmiedeziegel, Hämmer, Zangen, Topfgeschoben und anderes. Einige Stellen kennzeichnen sich als Glasmacherstätten, in anderen wurde Schmutz hergestellt. Dann gibt es Schmieden, Zimmerwerkstätten, Sottlereien, Bootswerften usw.

Der Hausbau war denkbar einfach. Steine waren rar und wurden wenig verwendet. Die Häuser bestanden in der Hauptsache aus Balkengerüsten mit Flechtwerk und Lehmwänden. Die Straßen waren — oder vielmehr sind heute noch — regelrecht gepflastert. Ueberall finden sich Brunnenanlagen. Holzbrücken vermittelten den Verkehr über den Kanal. Und am Ufer des Habdebyer Meeres findet sich wohlgehaltene Fischzucht und eingetammte Pfähle — „Diabdalen“ —, die Reste eines sorgfältig ausgebauten Hafens.

Vorläufig ist allerdings erst ein kleiner Teil Haithabus eingehend durchforscht, und niemand weiß, was für Schätze noch im Boden verborgen liegen. Jedoch ist der Ueberblick über die ganze verfunken Stadt bereits jetzt schon vollkommen klar, wenn auch jedes Jahr noch neue, tiefere Aufschlüsse verschafft. Daß Haithabu jedenfalls seinerzeit von überragender Bedeutung für nordische Kultur, nordischen Gewerbetreib und nordischen Handel und auch ein politisch höchwichtiger Zentralpunkt der Grenzmark gewesen ist, beweist die Tatsache, daß um 850 der Hamburger Bischof Ansgar hier die erste christliche Missionskirche anlegte, allerdings außerhalb der eigentlichen Stadt im heutigen Habdeby. Daß sie zum Mittelpunkt des christlich-kirchlichen Lebens in dieser Gegend wurde, verhinderte der 200 Jahre später eingetretene plötzliche und schreckliche Fall von Haithabu.

Wir haben oben Haithabu ein deutsches Pompeji genannt. Das hat seinen besonderen Grund. Die Dänen hatten von Anbeginn immer wieder versucht, den blühenden Ort unmittelbar an ihrer Grenze zu vernichten. Ströme von Blut sind um den Besti Haithabus vergossen worden. Endlich, im Jahre 1050 n. Chr., schlug die Todesstunde der glanzvollen Handelsstadt. Ein unvermuteter Ueberfall durch ein dänisches Heer machte der Herrlichkeit ein jähes und fürchterliches Ende. Die But der Eroberer verlor sich weder Menschen noch Dinge. Haithabu wurde dem Erdboden gleichgemacht und nie wieder aufgebaut. Seine Erbschaft trat das am Nordufer der Schlei gelegene, bis dahin völlig unbedeutende Dorf Sllaswig — Schleswig — an, ohne jedoch die Vorgängerin jemals zu erreichen.

Der Platz, auf dem Haithabu gestanden hatte, blieb verodet. Sturmfluten ließen die Reste verlanden. Ueber dem Sande bildete sich Humus. Bald flog an, wurde wieder gerodet und in Acker und Wiesen umgewandelt. So ist Haithabu gewissermaßen gleichfalls eine verschüttete Stadt geworden wie Pompeji am Fuße des Vesuv. Und wie Pompeji erstet es jetzt langsam wieder aus der Verfunkenheit auf als ein jahrhundertlang vergessen gewesener Zeuge alter Zeiten.

Verantwortlich für Inhalt: Oskar Schell, Verlagsleiter: G. Hinrichsen; Schriftleitung: H. Steinert; Druckerei: G. Hinrichsen; Druck: G. Hinrichsen; Druckerei: G. Hinrichsen; Druck: G. Hinrichsen.

Sturmzeichen im Fernen Osten.

Imperialistischer Nachkampf um die Mandchurei.

Von Peter Garwy.

Ein offener Krieg tobt in der Mandchurei. Die Japaner besetzen chinesische Städte. Auf beiden Seiten gibt es bereits zahlreiche Verluste — Tote und Verwundete. In den besetzten Gebieten wird von den japanischen Okkupations-truppen das Ständerecht verhängt. Der Kriegszustand ist da — wenn nicht de jure, so wenigstens de facto.

Der japanische Raubzug in der Mandchurei geschieht merkwürdigerweise in demselben Augenblick, wo in Genf jener Bölkerbund tagt, dem beide Seiten — Japan und China — angehören! Beide haben den Kellogg-Pakt unterzeichnet. Aber das Faustrecht geht nach wie vor über das Völkerrecht. Die Ohnmacht des Bölkerbundes, durch die jegliche allgemeine Verwirrung im Westen verhärtet, kommt hier am grellsten zum Vorschein. Verfolgt der berufene Friedenshüter, was bleibt dann?

Der japanische Raubzug in der Mandchurei wird offiziös begründet mit dem Jögern Chinas, auf die japanischen Proteste wegen der Ermordung des Hauptmanns Raka-mura im Juni d. J. zu antworten. Aber diese Gelegenheit scheint nur ein Vorwand, eine Ausrede zu sein. Prestige-fragen werden durch kriegerische Maßnahmen nur dann „ge-regelt“, wenn dahinter ernstere Machtinteressen stehen.

Es ist kaum ein Zufall, daß Japan gerade den Moment der schwersten Krisenorgen im Westen dazu gewählt hat, um seinen Vorstoß in der Mandchurei zu unter-nehmen und hiermit seine Machtstellung auf dem asiatischen Kontinent zu stärken. Wie auch der gegenwärtige Konflikt sich lösen wird, es ist zu erwarten, daß die Verwirrung im Westen, durch das steigende Verlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems verursacht, die Großmächte im Osten zur Aktioie-rung ihrer Offensivpolitik in China anspornen wird. So wirkt sich die Weltwirtschaftskrise in der Weltpolitik bis in die letzten Schlupfwinkel aus.

Die „Aktivierung“ der japanischen Chinapolitik wird dar-über hinaus durch die Lage in China selbst ermöglicht. Trotz dem Zusammentritt des Nationalkongresses steht China immer noch im Zeichen der Zerrissenheit und des Bürgerkrieges. In Kanton haben die Rechts- und Linksoppositionellen der Kuomintang-Partei eine Gegen-regierung gebildet. Wie „Havas“ am 18. September drahtet, hat der Diktator der Mandchurei, Tschangshü-liang, der bisher die Nanjingregierung unterstützt hat, dem Präsidenten Tschangkai-schek dringend „vorgeschlagen“, seine Kräfte niederzulegen, um damit die Ausöhnung mit Kanton zu ermöglichen. In Zentralchina tobt nach wie vor der blutige Bauernkrieg (sog. „Rote Armeen“). Die ungeheure Uebererschwendung verschlechterte noch die furchtbare Wirtschaftslage Chinas, die durch die Entwertung des Silbers sich im Tiefstand befindet. Die Schwächung und Uneinigkeit Chinas wird nun durch Japan brutal ausgenutzt, um seine Machtstellung in der Mandchurei zu stärken und vielleicht eine politische Besitzergreifung der Südmandchurei zu erzielen.

Japans Politik gegen China war nie ein Spiel auf den Seiten des Kaffeegeschäfts, sondern klare imperialistische Machtpolitik. Seit der Besiegung Ruhslands wurde die Mandchurei zum Mittelpunkt der japanischen Expansion auf dem Festlande. Nach dem Friedensvertrag von Portsmouth (1905) war Ruhsland gezwungen, den südlichen Teil der von ihm gebauten Eisenbahn an Japan abzutreten. Seitdem war die Mandchurei in zwei Einflusssphären getrennt und es begann ein hartnäckiger Wettbewerb zwischen der ost-chinesischen (d. h. russischen) und der südmandchurischen (d. h. japanischen) Eisenbahn.

Die Mandchurei ist auch jetzt der Zankapfel zwischen Ruhsland und Japan. Ungeheuer sind die Kapitalien, die Japan in das Land investiert hat, das ihm dafür Kohle, Eisen, Del liefert. Dadurch wird das akute Rohstoffproblem für die japanische Industrie (insbesondere für die Kriegsindustrie) zum Teil gelöst.

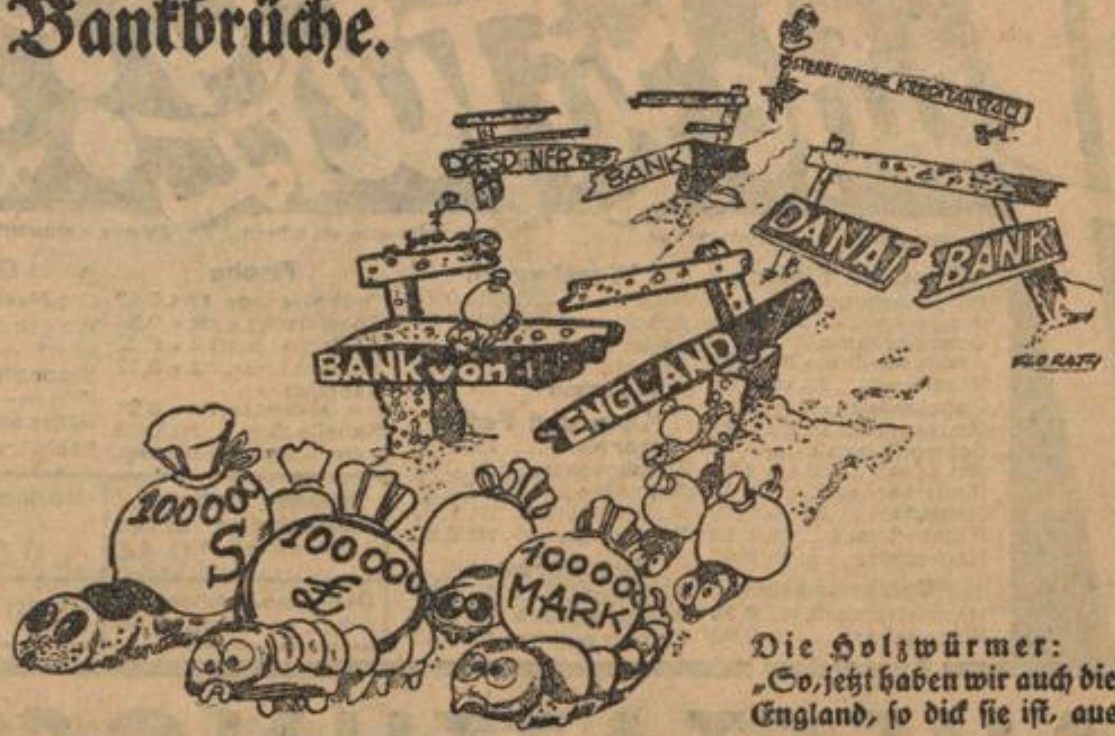
Die Konkurrenz zwischen der Ostchinabahn und der süd-mandchurischen Bahn spielt sich aber auf fremdem Terri-torium ab. Solange China in seinem Bürgerkrieg und seinen Verwirrungen verblutet, war es nur passiver Zeuge dieser Entwicklung. Aber das Wettbewerbsobjekt, nämlich die Man-dchurei, hat sich inzwischen gerade durch die fremden Eisen-bahnen und industriellen Unternehmungen stark entwickelt und sich aufs engste mit China verqu coast. Die chinesische Bauern-olonisation von Süd nach Nord setzte mächtig ein. Die Be-völkerung stieg von zweieinhalb auf etwa fünf-und-zwanzig Millionen. Aus dem Zweikampf der rivalisierenden Großmächte wurde in der Mandchurei das kriegsgefährliche Dreieck: Japan, Ruhsland und — China.

Der chinesisch-japanische Konflikt hat deshalb bald Ruhs-land auf die Szene gebracht. Aus Moskau wird gemeldet, daß der stellvertretende Außenkommissar Karachan am 20. Sep-tember den japanischen Botschafter in Moskau, Hirata, zu einer Aussprache über die Vorgänge in der Mandchurei emp-fangen hat. Es dürfte freilich keinem Zweifel unterstehen, daß Ruhsland die Hände nicht in den Schoß legen wird. Und darin besteht die große Gefahr, die im Fernen Osten heranreift. Es genügt, den brutalen militärischen Einbruch der Roten Armee im Jahre 1929 in Erinnerung zu bringen, um über die gewalttätigen Methoden der „Besiegung der Kon-flikte“ im Fernen Osten im Bilde zu sein.

Vielleicht kommt auch diesmal wie während des russisch-chinesischen Konfliktes im Jahre 1929 die Rivalität der Fremd-mächte China zugute. Hinter Ruhsland steht Amerika. Japan hat nicht nur mit seinem unmittelbaren Rivalen in der Mandchurei, mit Sowjetruhsland, sondern auch mit seinem Rivalen im Stillen Ozean überhaupt, mit den Vereinigten Staaten zu rechnen, die für die Einheit Chinas als Aus-beutungsobjekt und gegen seine Aufteilung auf Einflusssphären energisch auftreten.

Immerhin soll die Besiegung des Konfliktes im Interesse Chinas und des Weltfriedens auf dem Wege der Ver-rändigung und der Bewahrung der Souve-ränität Chinas erfolgen. Die chinesische Nationalregie-rung hat am 21. September in einer zweiten Note an Japan die sofortige Räumung der von den japanischen Truppen eingenommenen Gebiete gefordert. Diese Forderung muß durch alle Fremdmächte und vor allem durch den Bölkerbund energisch unterstützt werden. Der Brandherd im Fernen Osten muß im Keime erstickt werden. Sonst muß man Gefahr, einen Weltkrieg im Osten sich entfesseln zu lassen, der auch nach dem Westen übergreifen kann, wo sich

Die Bankbrüche.



Die Holzwürmer: „So, jetzt haben wir auch die Bank von England, so dick sie ist, ausgehöhlt!“

Hugenberg's Parade.

Der Schrei nach Macht.

Der Deutschnationale Parteitag in Stettin war nichts anderes als eine Parade, die Herrn Hugenberg den Rahmen abgab für Programmreden, in denen er die politische Macht in Deutschland für die sogenannte nationale Opposition forderle. Hugenberg hat in einer innerpolitischen Rede sowohl dem Reichstanzler wie dem Reichspräsidenten für diesen Herbst eine Art Ultimatum gestellt. Die Regie-rungsgewalt im Reich wie in Preußen soll noch in diesem Herbst Hugenberg und den Seinen übergeben werden, sonst werde das Chaos eintreten. Die Deutschnationale Volkspartei ist bekanntlich eine zusammengeschrumpfte Partei, die bei den letzten Reichstagswahlen und allen darauf folgenden Wahlen das Gegenteil von Erfolgen erzielt hat. Die Größe des Hugenberg'schen Mundwerks steht im umge-fehrten Verhältnis zum wirklichen Einfluß seiner Partei.

Indessen hat Herr Hugenberg verkündet, daß er in voller Uebereinstimmung mit den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm vorgehe. Er hat sich gewissermaßen als der Dik-tator vorgestellt, der von Deutschnationalen, Nationalsozia-listen und Stahlhelm gemeinsam designiert worden ist.

Die Kampfansage Hugenberg's richtete sich in voller Schärfe gegen den Reichstanzler Brüning und gegen das Zentrum. Die Agitation der Deutschnationalen gegen das Zentrum hat mit dieser Rede Hugenberg's einen Höhepunkt erreicht. Die Schuld an der Krise und ihrer kata-strophalen Zuspitzung wird ohne weiteres dem Zentrum zu-geschrieben. Das Zentrum wird als Bundesgenosse des Bol-schewismus dargestellt, und schließlich ruft Hugenberg den deutschen Katholiken zu, sie müßten gemeinsam mit der so-genannten nationalen Opposition Deutschland und Rom gegen das Zentrum und den Bolschewismus retten.

Es ist selbstverständlich, daß diese Attacke im Zentrum die schärfste Abwehr hervorruft. Die „Germania“ hat gegen-über dem Schrei Hugenberg's nach der Macht mit dürren Worten erklärt, daß das Zentrum sich nicht an einer Rechts-regierung beteiligen werde, wenn die sogenannte nationale Opposition gemeinsam mit den Kommunisten einen Regie-rungssturz herbeiführen werde, und daß das Zentrum nicht gesonnen sei, die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Katastrophopolitiker von der Rechten abermals ein Chaos in Deutschland mit allen unheilvollen Folgen herbeiführen würden.

Nach dieser Zuspitzung wird die kommende Tagung des

Reichstags, für die Hugenberg eine gemeinsame Attacke mit den Nationalsozialisten ankündigt, hochinteressant werden. Dieser Vorstoß der sogenannten nationalen Opposition ist in großem Maße ein Versuch, die Blinde des Volkes von der Ver-antwortung abzulenken, die die rechtsradikalen Kata-strophopolitiker für die Verlängerung und Ver-schleppung der Krise in Deutschland tragen. Dieser Tagung wohnte neben den unvermeidlichen Hohenzollernprinzen auch Herr Thyssen bei, der Herrn Hugenberg der Sympathie des großen Teils der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ver-sicherte. Hier wird der Zweck der Uebung ganz besonders deutlich sichtbar. Die Bankrotteure in Politik und Wirtschaft wollen an die Macht, um ihren Bankrott zu verdecken.

Die ganze reaktionäre Front war in Stettin beleinander: die Hohenzollernprinzen, rechtsradikale Generäle der alten Armee, die Vertreter der Schwerindustrie und dazu die um Hugenberg. Es drängt sich ein Vergleich auf: das ist dieselbe Front, die gegen die Friedensresolution des Reichstags vom Jahre 1917 ankämpfte, den Sturz Bethmann-Hollwegs herbei-führte und in der Folge Deutschland in den Abgrund trieb. Der Parteitag von Stettin hat einen tiefen politischen Graben genau an derselben Stelle gezogen, wie damals die Altteure gegen Bethmann und den Reichstag.

Es sind nicht nur dieselben Kräfte, die heute diese Attacke führen. Sie wollen auch dieselben Mittel be-nutzen. Die Attacke, die Hugenberg in Stettin gegen das Zentrum und den Reichstanzler Brüning geritten hat, soll den Anfang eines groß angelegten propagandistischen Feld-zuges der Verdächtigung, des Wisperns und Ufpelns, der Verleumdungen und angeblichen Enthüllungen aus unbe-kannten Quellen bilden, der in erster Linie gegen Brüning entsefelt werden soll.

Die Sozialdemokratie steht dem Reichstanzler Brüning kühl gegenüber. Sie kennt jedoch die rechtsradikalen Draht-ziehler. Diese Gestalten, die ungeheure Schuld tragen an dem Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrieg, die die wahren Väter des Unheils sind, das am Ende des Krieges und nach dem Kriege über Deutschland gekommen ist, wollen heute wieder ihr Haupt erheben. Sie preisen sich als Retter Deutsch-lands an. Sie können zwar in maßlos verlogenen und dreiften Rundgebungen den Schrei nach der Macht erheben, aber sie werden sich über die Folgen wundern, wenn sie den Versuch unternehmen sollten, dem deutschen Volke ihre Dik-tatur aufzuzwingen!

gerade jetzt dank der Wirtschaftskrise und der Finanzkata-strophe so viel Brenn- und Sprengstoff aufgehäuft hat.

Die endgültige Lösung der immer wieder auftauchenden Konflikte im Fernen Osten kann nur durch die Räumung der Mandchurei von den Fremdmächten, durch die Verwirklichung der Lösung: „Die chinesischen Eisenbahnen den Chinesen“ erreicht werden. Die Fremdenherrschaft und die Fremdenrechte in China sind an sich eine dauernde Kriegs-gefahr. Aber auch diese einzig mögliche radikale Lösung der Konfliktstoffe in China soll auf dem Wege der Verständigung und keineswegs auf dem Wege des Krieges erstrebt und erzielt werden.

Auf jeden Fall muß endlich das neue China aufhören, Objekt der imperialistischen Gelfüste und Gewalttaten zu sein.

Heute außerordentliche Ratssitzung.

Genf, 21. September. (Eigenbericht.)

Auf Antrag Chinas ist der Bölkerbundsrat auf Dienstagvormittag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden.

Die Eingabe der chinesischen Regierung fordert auf Grund des Artikels 11 des Bölkerbundesstatutes, daß der Rat geeignete Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens ergreifen möge. Das Schreiben zählt die Gewalttaten regulärer japanischer Truppen in der Mandchurei und die Fortdauer der militä-rischen Besetzung verschiedener Städte auf. China habe sich jedes Widerstandes und jeder Handlungen enthalten, die eine Verschärfung der Situation hätten bringen können. Der Rat müsse sofort Schritte tun, um den Frieden wiederherzustellen und die Höhe bzw. den Charakter der China zustehenden Reparationen festzusetzen. Schließlich erklärt sich die chinesische Regierung bereit, jede Entscheidung des Rates zu befolgen.

Beforgnisse in Washington.

Washington, 21. September.

Im Staatsdepartement wird die Entwicklung in der Mandchurei mit Besorgnis verfolgt. Die Lage wird für

ernst gehalten, weil offenbar japanische Truppenteile weit von-einander getrennt liegende strategische Punkte besetzen, obwohl das japanische Kabinett die Einstellung jeglichen Vormarsches angeordnet hat. Man neigt hier der Ansicht zu, daß in erster Linie der Reun-machungsvertrag vom 2. Februar 1922 berührt werde, der Chinas Souveränität garantiert und im Artikel 7 im Falle der Bedrohung dieser Souveränität eine Konferenz der Signa-tare des Vertrages vorsieht.

Zur Zeit sei die Lage freilich noch ungeläutert, um feste Entschlüsse zu fassen, angehts der konkreten Lage scheint die Her-anziehung dieses Vertrages jedoch naheliegender als die Her-anziehung des Kellogg-Paktes. (1?)

Anschlag auf transsibirischen Express — Russen-einmarsch?

Peking, 21. September.

Der transsibirische Expresszug ist das Opfer einer Explosion geworden. Er verließ Chardin am Freitagvormittag in westlicher Richtung; die Explosion erfolgte am Sonntagvormittag. Die Ueber-mittlung der Nachricht von dem Unglück verzögerte sich, weil durch die Kämpfe zwischen China und Japan die Verbindungen unterbrochen sind. Einzel-heiten fehlen noch. Ueber die Zahl der Opfer ist bisher nichts bekannt.

In chinesischen Kreisen wird behauptet, Sowjet-ruhsland plane einen Einmarsch in die nörd-liche Mandchurei und die Explosion des Zuges stehe damit im Zusammenhang.

Tokio meldet chinesischen Gegenangriff.

Tokio, 21. September.

Die Feindseligkeiten sind gestern Abend um 10.30 Uhr in Peitajung bei Mukden wieder aufgenommen worden. Starke chinesische Kräfte haben diesen Ort angegriffen.

